

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 139.

Montag, den 17. Juni 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Das ungarische Trauerspiel.

Wenn sonst eine Opposition von einer übermütigen Mehrheit Gewalt erfährt, werden Herz und Verstand nicht lange schwanken, wohin sie sich wenden sollen. In Ungarn steht die Sache nicht so einfach. Über Stephan Tisza, Lukacs und ihre famose Arbeitspartei ist freilich das Urteil rasch gefällt. Der Polizeipräsident des Abgeordnetenhauses ist zweifellos kein gewöhnlicher Mensch. Sohn des alten Koloman, der vierzehn Jahre der Ministerpräsident Ungarns gewesen, begann er seine Laufbahn als geldhungriger Sunker, dessen Grafenkrone den Schmutz gemeiner Börsengauereien vergoldete. In allen Verwaltungsräten hatte er Sitz und Stimmrecht. Als sich aber Tisza der Politik zuwandte, entpuppte er sich der erlauchten Welt als Mann der Grundsätze. Er ist fähig, einen politischen Gedanken zu fassen, und ihn bis zum Starrsinn folgerichtig durchzuführen. Die Idee, mit der er 1903 die Regierung antrat, ist keine andere, als die er jetzt zur Entfaltung bringt: die Oligarchie kann ihre Herrschaft nur behaupten, wenn sie mit der Krone in guter Freundschaft lebt. So hatte er 1903 die Herrschaft aus Khuens Händen übernommen, als die Opposition Kossuths und der übrigen „Achtundvierziger“ den ersten Versuch des Monarchen, das Rekrutenkontingent zu erhöhen, mit der madjarischen Kommandosprache sich abkaufen lassen wollte. Bei dem Versuch, die Obstruktion durch eine veränderte Hausordnung zu bezwingen, scheiterte er. Der Adel wandte sich von der liberalen Partei ab, die im Abgrund versank. Kampf gegen Wien! war die Losung, und jetzt spielte der Kaiser — es war 1905 — den Wahlrechtstrumpf aus. Die Koalition war gezwungen, halben Frieden zu machen. Aber sie setzte weder dem Hofe die Wehrreform noch dem ungarischen Adel staatsrechtliche Zugeständnisse durch und verschwand im Schlamm der Bestechlichkeit.

Da führte Tisza zuerst unter Khuen den Adel zur alten Politik des Bündnisses mit der Krone zurück. Und jetzt liefert er unter Gewalttaten dem Hofe die Wehrreform, um freie Hand zu bekommen bei Gestaltung des neuen Wahlgesetzes. Das ist bewußte, scharf voraus rechnende Klassenpolitik, aber doch Politik, wie sie ein ablicher Elanhäuptling treibt: mit dem Drang, den Hof an die Oligarchie zu fesseln, verbindet sich persönliche Rachsucht, die es den Gegnern mit der Polizeifaut heimzahlt, daß sie vor sieben Jahren siegreich geblieben, die aus dem brutalen Staatsstreich zugleich ein Schauspiel für die Frau Gemahlin und den Herrn Sohn macht. Ist Tisza das zur Tat gewandelte Prinzip der alten liberalen Adelpolitik, so bietet sich aus Lukacs, der bürgerliche Emporkömmling, als der Dienstmann der regierenden Adelsippe dar. Lange haben die Oppositionellen, haben selbst manche Sozialdemokraten ihre Hoffnungen auf Lukacs gesetzt. Man traute seinem Ehrgeiz zu, er werde trachten, seinen Namen mit dem Glanz der Wahlreform zu bestreuen. Er werde als Diener des Kaisers den Frieden zwischen den Parteien vermitteln. Aber Lukacs ist ein kleinlicher Streber, dem es wichtiger dünkt, seiner aus jüdischem Blut entsprossenen Gattin die Salons des Adels zu öffnen, und der also gehorsam seine fintenreiche Schlaubeit in den Dienst der Arbeitspartei stellt, die als Werkzeug Tiszas weiter wirkt, wie sie Tisza und Khuen mit dem Geld der Banken, aber sonst geradezu aus dem Nichts geschaffen haben.

Nie hat es etwas Erbärmlicheres gegeben als diese Mehrheit, die zu zwei Dritteln aus käuflichen Subjekten besteht, die gekaufte oder erpreßte Mandate haben. Gerade die innere Schwäche der Mehrheit müßte der Minderheit siegreich Widerstandskraft leihen. Man erwäge den einzigen Umstand: alle Oppositionellen sind Vertreter kernmadjarischer Wahlkreise, weitaus der größte Teil der Ministeriellen aber ist aus gemischtsprachigen oder nichtmadjarischen Kreisen hervorgegangen, wo diese ungarischen Patrioten nichts vertreten als das Geld der Banken, mit denen die nichtungarischen Wahlen Stück für Stück gekauft sind. Es fehlt diesen Leuten jeder Rückhalt. Wären also die vereinigten Oppositionellen wirkliche Volksparteien: schon die Differenz des inneren Wertes müßte ihnen schließlich den Sieg verleihen. Nun sind sie aber moralisch leider der Mehrheit gleichwertig. Wer ist Herr Kossuth? Ist es nicht derselbe Leiter des Koalitionsministeriums, der als dessen Handelsminister mit beiden Händen Stahl und Beschlag, und der jede Regierung zum Schweigen bringen kann, wenn sie ihn an gewisse unterbiliebene Abrechnungen erinnert? Wer ist der geistig bedeutendste der vereinigten Oppositions-

führer? Ist es nicht derselbe Graf Opponyi, in madjarischer, deutscher und französischer Sprache ein glänzender Rhetor und Friedenspropagandist, der aber als Unterrichtsminister die schamloseste Unterdrückung der Nationalitäten leitete, ein eiskalter, hohler, nur auf das Auffallende gerichteter Ränkeschmied, dabei durch seine Verwandten tief verstrickt in alle Hofintrigen? Das wären die Kossuthianer! Und Polonyi, der radikalste der Oppositionellen? Es ist jener Justizminister der früheren Koalition, der seinen Platz verlassen mußte, als ihm Lengyel in öffentlicher Gerichtsverhandlung nachwies, daß er sein Vermögen als Rechtsanwalt und Geschäftsfreund der Budapestiner Bordelle erworben hat. Dafür hat sich der „gerade Kuruzze“ Lengyel jetzt zur Abwechslung von Lukacs kaufen lassen, und denunziert die Minderheit, sie habe das Attentat Kovacz voraus gewußt. Und endlich der zarte Andrassy, der Kunstmäzen und (wie Kossuth) Sohn eines großen Vaters? Ihn hat rechtzeitig eine schwere Grippe erfaßt, weiß man doch, daß selbst seine großen Gutseinkünfte den Sammlerleistungen des vornehmen Salonpolitikers nicht gewachsen sind. Übrigens, war es nicht, der unter der Koalition das schamlose Projekt eines Pluralwahlrechts ausgeheckt hat?

Bleibt Justh und seine 36. Man kann vielleicht sagen, daß noch nie ein Aristokrat so heftig und so ausdauernd für eine demokratische Wahlreform gekämpft hat, man darf auch zugeben, daß er reine Hände hat. Er ist außerordentlich reich, und noch reicher, ja unermeßlich reich sein Freund Graf Karolyi. Sie haben es nicht nötig, Geld zu nehmen, und sind nicht brutal genug wie der gleichfalls fabelhaft reiche Graf Khuen, um so schamlos wie dieser Korruption zu üben. Aber wenn ihnen die reinen Hände in Ungarn einen Seltenheitsvorzug geben, als Führer einer großen Bewegung sind gleichwohl beide unzulänglich. Karolyi schreit in den Wandelgängen, er werde die Schmach des Hinauswurfs mit dem Blute Tiszas rächen, als aber dann Kovacz den Worten die Tat folgen läßt, beschleicht ihn Angst vor gerichtlichen Verfolgungen und er schickt an den — vor den stolze Namen nicht zurückschreckenden — Tyrannen auf dem Präsidialstuhl einen demütigen Brief, worin er ihm erklärt, daß der politische Kampf seine persönliche Schätzung nicht vermindere. Justh ist aus härterem Holze geschnitten, aber seine Ausdauer ist gleichwohl nur Starrsinn, ist vor allem der Drang, eine große Rolle zu spielen, ist der Rißel, Hindernis zu sein, damit die Politik des ganzen Landes sich um ihn drehe. Er hat die Koalition zer schlagen, weil er in der Bankfrage den Übermadjaren spielte und den Hof gegen das Kossuthsche System aufbrachte. Er hat dann ein volles Jahr die Wahlreform gegen Khuen verteidigt und die Wehrreform als Heukel benutzt. Aber dabei konspirierte er mit dem Belvedere, ließ sich vom Thronfolger mißbrauchen, der ihn förderte in der Hoffnung, durch das sogenannte „Proporzium“ die Vermehrung des Heeres bei dreijähriger Dienstzeit zu erreichen, der aber jetzt Justh fallen läßt, weil er einseht, daß nur der Tiszasche Weg zum Ziele führt und der Spatz in der Hand besser ist als die Taube auf dem Dache.

Raum aber war Justh von der Hilfe des Wiener Nebenhofts verlassen, als er zu Kossuth seine Zuflucht nahm — zu Kossuth, der im Herzen ein ebenso echter „Wahlrechtsfreund“ ist wie Khuen oder Tisza. Die Justhsche Politik war nie mehr als Eigensinn und Ehrsucht, bei der Probe der Kraft bricht sie vor dem milden Berserkerium des Sunkers Tisza zusammen. Es ist im Grunde alles ein Kampf von abligen Gruppen und Abenteuercliquen, was sich in Ungarn abspielt, und hinein greift die kalte Teufelsfaust der Hofpolitik, die nach den Machtmitteln der Wehrreform saßt und sie nimmt, wo sie zu kriegen sind — zynisch gleichgültig gegen alle Richtungen der Politik, bereit, den Handel abzuschließen nach rechts oder nach links, und nach hocherregten Hoffnungen alle täuschend. Als lebendige Volkskraft wirkt nur die organisierte Arbeiterschaft, aber ihre Zahl ist in dem städteleeren, industriearmen Lande gering, und sie hat — aller Rechte entböhrt — kein Geld als die Strafe, wo die Soldaten desselben Königs, der das Wahlrechtsversprechen getan, die Maschinengewehre gegen sie bereithalten. Das Proletariat verbindet nichts mit dem Kampf der Cliquen im Parlament als die Forderung der Wahlreform.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Nachruf des Kanzlerblattes.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kommt in ihrem Wochenrückblick auch auf den Tod des Abgeordnetenhaus-Präsidenten Erffa und im Anschluß daran auf

die bekannten Vorgänge im preußischen Dreiklassenparlament zurück. Das Blatt nimmt dabei die Gelegenheit wahr, wieder einmal des Kanzlers beliebte Sammelpolitik zu propagieren und auf die Sozialdemokratie zu schimpfen. Das geschieht in folgenden Worten:

„Das Abgeordnetenhaus sieht sich also abermals vor die Notwendigkeit einer Neuwahl des Präsidenten gestellt. Der Eindruck hat sich schließlich doch als Niederschlag der Szenen im Reichstage und im Abgeordnetenhaus ergeben, daß die Sozialdemokratie sich durch Verleugnung nicht bloß all dessen, was jedem guten Deutschen hoch und heilig sein muß, in der Gesinnung, sondern auch alles dessen, was gestiftet und gebildet heißt, in der Form von allen anständigen Elementen unseres Volkes von selber scheidet. Selbst in den weniger abgehärteten und unempfindlichen Kreisen der Sozialdemokratie ist das tiefe Mißbehagen über diese Bloßstellung der Partei durch Hausknechtsmanieren zu einem, wenn auch verschämten, Ausdruck gekommen. Politisch aber gehören solche Szenen zu den Imponderabilien, die oft einen tieferen Eindruck im Volke hinterlassen als wichtige sachliche Entscheidungen. Diese Selbstenttarnung der Sozialdemokratie hat augenscheinlich ihrer Isolierung wesentlich vorgearbeitet. Sedenfalls aber darf es immerhin als ein Zeichen der Zeit betrachtet werden, wenn ein volksparteilicher Abgeordneter wie der Professor Richard Cichhoff im Tag — vielleicht doch zu optimistisch — die völlige Isolierung der Sozialdemokratie feststellt und dieser Partei beisehnt, daß sie durch ihre ganze Taktik darauf ausgeht, den Parlamentarismus, wenn nicht zu ruinieren, so doch aufs Schwerste zu beschädigen. Die Spuren dieser Vorgänge können wir auch weiterhin verfolgen, wir finden sie in dem zeitweiligen Zurücktreten der Großblockideen, in der selbständigen Betätigung des Mittelbarnismus und selbst in den neuen Richtlinien des Hanjambundes, die eine wenigstens etwas deutlichere Markierung gegenüber der Sozialdemokratie aufweisen.“

Die Auslassung des Regierungsblasses ist den Verteilern Wasser auf ihre reaktionären Mühlen. Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt dazu: „Ohne Zweifel sind die hochliegenden Hoffnungen, mit denen namentlich der Liberalismus in Deutschland einst den Parlamentarismus begrüßte, in vieler Beziehung enttäuscht worden. Und man wird mit allem Ernste erwägen müssen, ob die Formen des Parlamentarismus, die auf andere Verhältnisse zugeschnitten waren, heute noch in jeder Beziehung als geeignet gelten können. Die Verschärfung der Geschäftsordnung während der Zolltarifobjektur im Reichstage war ja der erste Versuch der nachbismarckischen Zeit, dem Mißbrauche des Parlamentarismus durch eine in ihrem innersten Wesen parlamentarische Partei wirksamer zu begegnen. Die Einführung des Ausschließungsparagraphen in die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses war der zweite Schritt. Von der Sozialdemokratie wird es abhängen, ob diese Notwehraktion des Parlamentarismus damit schon zum Abschluß gekommen ist.“

Von einer „Notwehraktion des Parlamentarismus“ gegen die Sozialdemokratie zu reden, steht den Leuten besonders gut an, die im Schimpfen die Meisterschaft erlangt haben, und die den ganzen Parlamentarismus am liebsten in Scherben schlagen möchten, wenn es nur so leicht ginge. Gegen die Gewaltpolitik der Sunker und ihrer Helfershelfer innerhalb und außerhalb des Abgeordnetenhauses wird — trotz aller Drohungen — die Sozialdemokratie sich auch in Zukunft zu wehren wissen. Und das schmerzt die Reaktionäre aller Schattierungen.

## Ein Scharfmacherblatt in Geldnöten.

Der Breslauer „Volkswacht“ ist ein diskretes Zirkular der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ zugegangen, aus dem zu entnehmen ist, daß auch dieses anspruchsvoll auftretende Scharfmacherorgan nur weiter existieren kann, wenn ihm die interessierte Großindustrie eine verschleierte Subvention in Form von Annoncen gewährt. — Das Zirkular hat folgenden Wort:

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung.

Organ der

Deutschen Arbeitgeber-Verbände.

Berlin S. 42, den 14. Mai 1912.

Einschreiben.

Un.  
Die wirtschaftlichen Kämpfe, welche die deutsche Industrie nach zwei und mehr Fronten anzufechten hat, verlangen Zeitungen, die absolut für die Interessen der deutschen Unternehmer eintreten. Zu diesem besonderen Zwecke ist seiner Zeit die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ auf Veranlassung von einigen Arbeitgeber-Verbänden begründet worden. Sie hat sich in den acht Jahren ihres Bestehens — unter opferwilliger Förderung seitens jener Verbände — zu einem von ihren Freunden geschätzten, von ihren Gegnern geachteten (?) Organ entwickelt und dazu beigetragen, manches Übel von Industrie und Gewerbe abzuwenden, manche die Industrie und das Ge-

werbe fördernde Maßnahme durchzuführen. Speziell aber der Fortschritt in der Organisation der deutschen Arbeitgeber ist zu einem wesentlichen Teile dem Wirken der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ zuzuschreiben.

Auf dem eingeschlagenen Wege zum Nutzen der deutschen Unternehmer soll die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ fortgeschritten und sich über die Grenzen ihrer 15 000 Abonnenten hinaus neue Anhänger, den Arbeitgeber-Verbänden weitere Mitglieder zuführen. Die zu diesem Zwecke einzuleitende Propaganda ist mit großen Kosten verknüpft, die wir aus den Inserateinnahmen bestreiten müssen; denn der niedrige Abonnementspreis von 2 Mark pro Quartal, der sich bei korporativen Bezügen weiter ermäßigt, deckt nicht entfernt die Selbstkosten für Herstellung, Redaktion und Expedition. Es ist aber nicht angängig, immer wieder dieselben Firmen um Förderung des Unternehmens anzusuchen.

Wir wenden uns daher heute an einen kleinen Kreis größerer Industriefirmen und auch an die Jhrige, mit dem höchsten Ansehen um tatkräftigen Beistand in unserem Bemühen um die Förderung der Unternehmerinteressen. Der gangbarste Weg würde die Zuweisung einer laufenden Anzeige sein, weil wir Ihnen in dieser Hinsicht dann vollwertige Gegenleistung zu bieten vermögen. Die Anzeigen, welche Sie in anderen Zeitungen zu erscheinen lassen, werden in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ sicherlich nicht geringere, wahrheitsgemäß aber bessere Wirkung haben, denn die 15 000 Abonnenten der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ sind durchweg interessierte Leser, und das nur wöchentliche Erscheinen des Blattes, im Verein mit seinem dauerndes Interesse beanspruchenden Inhalt, sichern den Anzeigen eine nachhaltige Wirkung. Sie aber verbinden auf diese Weise das Gute mit dem Nützlichen. Sie machen Ihrer geschätzten Firma eine nützliche Reklame und kräftigen ein Zeitungsunternehmen, dessen der deutsche Arbeitgeber künftig mehr denn je bedarf.

Wir lassen die heutige Zuschrift unter „Einschreiben“ gehen und bitten um diskrete Behandlung der Angelegenheit.

Mit aller Hochachtung  
Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“  
Umlung.

Auf die Wertschätzung, die das deutsche Unternehmertum dem Heftartikel des Herrn Felix Kuh zuteil werden läßt, wirft der Bittelbrief ein bezeichnendes Licht.

### Klerikale Wahlbeeinflussung.

Das Schöffengericht in Köln bestrafte den Redakteur des Kölner „Lokal-Anzeigers“, eines Ablegers der „Kölnischen Volkszeitung“, wegen Beleidigung des dortigen Vorsitzenden der Nationalliberalen Partei, Professor Moltenhauer, und des Vorsitzenden der Fortschrittlichen Volkspartei, Fabrikant Schaaf, mit 30 Mk. Geldbuße. Er hatte den beiden „Wahlzüge“ und bewußte Unwahrheit vorgeworfen. In dem Prozeß wurde der Brief eines verstorbenen Sargfabrikanten verlesen und sein Inhalt wurde auf Grund von Äußerungen des Sargfabrikanten zu seinen Lebzeiten durch einen Zeugen bestätigt.

Der Brief gestattet einen Einblick in die Art und Weise, wie Zentrumsagitatoren Stimmenfang treiben. Der Sargfabrikant lieferte häufig Särge in das Kölner Bürgerhospital. Bei der Stadivervordnetenwahl in Köln erschien ein Vertrauensmann des Zentrums, der Vorsteher der dortigen katholischen Kirchengemeinde ist, zusammen mit dem geistlichen Rektor des Bürgerhospitals, um den liberalen Mann zur Stimmabgabe für das Zentrum zu bewegen. Wie der Brief behauptet, haben die beiden dem Manne gesagt, er solle seine Stimme nicht der liberalen Liste und keinem Suden (!) geben. Nachher habe der Geistliche von ihm das Versprechen verlangt, nicht zu wählen. Die beiden viel jüngeren Herren hätten ihm beim Weggehen gesagt, er, der 70jährige Mann, solle sich als guter Katholik schämen (!), liberal zu wählen. Auch hätten sie gegenüber seiner Standhaftigkeit gesagt: „Wir werden ja sehen!“ Im Bürgerhospital hätte man die Angehörigen Verstorbenen beeinflusst und ihnen gesagt: „Geht nicht zu Hirth, der ist kein guter Katholik! Der Zentrumsagitor bestritt die Angaben des Verstorbenen. Der Geistliche erklärte bezüglich einzelner Angaben in dem Briefe und gegenüber dem Zeugen, sich solcher Äußerungen nicht zu erinnern, was allerdings glaubhaft ist, da die Vorgänge mehrere Jahre zurückliegen.

### Die Reichsversicherungsordnung.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ weist darauf hin, daß mit dem 1. Juli ds. Js. in Preußen die Errichtung der Versicherungsämter vor sich gehen wird. In allen Stadt- und Landkreisen werden solche Ämter gebildet. Besonders wird diese Änderung auf dem Gebiete der Krankenversicherung eine Änderung mit sich bringen. Die Aufsicht über die Krankenkassen geht auf die Versicherungsämter über. Die Oberversicherungsämter treten an die Stelle der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, die damit endgültig zu bestehen aufhören. Neben der Rechtsprechung über Streitigkeiten aus der Arbeiterversicherung liegt den Ämtern auch eine umfassende Verwaltungs- und Beschäftigbarkeit ob. Vorläufig werden sie sich auf die Invalidenversicherung und auf die Entscheidung von Streitigkeiten über Entschädigungsansprüche aus der Unfallversicherung zu beschränken haben.

### Zu viereinhalb Monaten brauchbarer Soldat.

Heftige Kämpfe mußten im Reichstage geführt werden, ehe die Militärdienstzeit im Deutschen Reich wenigstens für die Infanterie von drei auf zwei Jahre herabgesetzt wurde. Gegen eine weitere Herabsetzung der Dienstzeit wurden von den militärischen Sachleuten alle möglichen Bedenken geltend gemacht, und die Hinweise auf die Einjährigen, auf die Schweizer Miliz und auf das Ausland überhaupt konnten die Mehrheit des Reichstages nicht bestimmen, den weitergehenden Anträgen der Sozialdemokraten zuzustimmen.

Nun bringt das „Deutsche Offiziersblatt“, in dem schon im November 1909 die Leistungen der Schweizer Miliz sehr anerkennend besprochen wurden, aus der Feder eines deutschen Generalstabsoffiziers einen Artikel, dessen Kern die konstantive „Pos.“ als einen „besonders bewährten und bewährten“ bezeichnet und in dem nichts mehr und nichts weniger als die 4 1/2 monatige Dienstzeit für einen Teil des deutschen Heeres verlangt wird; allerdings, um es gleich zu sagen, nur für die Ersatztruppe. Aber der Sachmann, Hauptmann Wegell vom Generalstab, behauptet in seinem Artikel, den Krieg-

reservisten in der Zeit von viereinhalb Monaten zu einem hinreichend geschulten und brauchbaren Infanteristen machen zu können! Und darauf kommt es uns an. Er schreibt wörtlich:

„Soll die erstrebenswerte Einstellung in die vorderste Linie erreicht werden, so muß die Ausbildungszeit des Ersatzreservisten so gestaltet werden, daß es möglich ist, ihn zu einem hinreichend geschulten und im Rahmen der zweijährigen Stammanschaften auch brauchbaren Infanteristen zu machen. Dies Ziel scheint mir durch eine 4 1/2 monatige Sommer-Ausbildung erreichbar. Die im Herbst eintretenden Rekruten sind beim Ausbruch eines Krieges im März auch nicht älter.“

Auch hinsichtlich der Geldmittel, die zu dieser Reserve-Ausbildung nötig sind, weiß sich der Verfasser des Artikels zu helfen. Um den Heeresetat hierfür nicht in Anspruch nehmen zu müssen, macht er den folgenden Vorschlag:

„Die Rekruten der nicht berittenen Truppen (rund 230 000) werden, anstatt am 11. Oktober, am 1. November und die der berittenen Waffen, anstatt am 1. am 6. Oktober eingestellt. Wir würden hierdurch rund 230 000 × 20 + 30 000 × 6 = rund 4,8 Millionen Verpflegungstage ersparen und in der Lage sein, rund 30 000 Mann für 140 Tage oder 4 Monate einzustellen.“

Diese jährliche Mehrereinstellung von 33 000 Mann hat auch volkswirtschaftlich keinerlei Bedenken, da der Verdienst für die Volksgemeinschaft nicht verringert wird. Denn gegenüber dem Ausfall des Verdienstes der 33 000 Mann in 18 Wochen steht die Mehreinnahme von rund 230 000 Mann in 3 Wochen oder in Zahlen ausgedrückt (den Wochenlohn auf durchschnittlich 20 Mark angenommen):

$$\begin{aligned} 230\,000 \times 60 &= 13\,800\,000 \text{ Mk.} \\ 30\,000 \times 20 &= 600\,000 \text{ „} \end{aligned}$$

14 400 000 Mk.

hiervon ab: 33 000 × 360 = 11 880 000 Mk.

Es würde also durch diese Maßnahme der Volksgemeinschaft ein Mehr von rund 2 1/2 Millionen Mark Arbeitsverdienst entstehen.“

Nachdem Hauptmann Wegell nochmals bestätigt hat, daß die vorgeschlagene Ausbildungszeit der Ersatzreservisten „lang genug ist, um aus ihnen im obengenannten Sinne brauchbare Infanteristen zu machen“, berechnet er den Erfolg seines Vorschlags, wenn dieser verwirklicht wird: „Der Kraftzuwachs von 33 000 Mann jährlich in 7 Jahren (aktive und Reserve-Dienstzeit) 231 000 Infanteristen, 10 immerhin der Kriegsstärke der Infanterie von rund 10 Armeekorps gleich. Rechnet man noch die 5 Landwehr-L.-Bahrgänge mit 165 000 Mann hinzu, so ergibt sich ein Zuwachs von 395 000 Mann, nach Abzug des Ausfalls rund 350 000 Mann: in der Gesamtheit jedenfalls eine ganz erhebliche und rasch durchgeführte Verstärkung der Hauptkampfwaffe.“

Die 4 1/2 monatige Ersatzreservistenausbildung denkt sich Wegell wie folgt: „Die Einstellung hätte zum 1. Mai zu erfolgen, bis zu welchem Zeitpunkt meist die Kompagnieausbildung abgeschlossen ist. Zunächst käme eine 8 wöchige Rekruten-, daran schloße sich vom 1. Juli bis Mitte August eine 6-7 wöchige Kompagnieausbildung mit Feld- und Vorpostendienst, und zwar vom 1. August auf einem Truppenübungsplatz. Die Zeit bis zum Manöver verbliebe der Schulung im Bataillon in der später angeführten Zusammensetzung. Das Manöver, den Schlusstein jeglicher militärischer Ausbildung, machen selbstredend diese Bataillone mit. Alle Urreife, ebenso wie ein Ausfall durch Krankheit über acht Tage, wären bei dem aktiven Regiment nachzubienen. Im zweiten Jahre müßte ein sechs-, im dritten Jahre ein vierwöchiger Wiederholungskursus, jedesmal über das Manöver, abgeleistet werden.“

Der Generalstabsoffizier Wegell erörtert, wie man sich, seinen Plan, in 4 1/2 Monaten einen brauchbaren Infanteristen heranzubilden, gründlich. Der Vorschlag bezweckt allerdings nur, mehr Soldaten zu schaffen. Schon von jeher haben aus diesem Grunde die Gegner einer Verkürzung der Militärdienstzeit auf diesem Gebiete Konzeptionen gemacht, und der zweijährigen Dienstzeit für die Infanterie hat die Militärbehörde ja auch nur unter diesem Gesichtspunkt zugestimmt. Wenn nun aber wiederholt von militärischen Sachleuten nachgewiesen wird, die Militärdienstzeit könne unbedenklich herabgesetzt werden, und wenn selbst ein Generalstabsoffizier eine 4 1/2 monatige Dienstzeit zur Ausbildung eines Infanteristen für ausreichend hält, so sollte doch der Reichstag hieraus die Lehre ziehen und energisch auf die weitere Herabsetzung der Militärdienstzeit dringen.

### Christliche Rechtsprechung.

Der Pfarrer Stier aus Mohlen, Kreis Teltow, stand vor dem Konsistorium der Provinz Brandenburg, das in einem Disziplinarverfahren gegen ihn abzuurteilen hatte. Der Prozeß hatte diesmal nichts mit irgend einer religiösen Irreführung zu tun, es handelte sich um Beleidigungen, deren sich der Pfarrer gegen den Landrat des Kreises Teltow, v. Achenbach, und gegen Beamte des Kriegsministeriums schuldig gemacht haben soll. Die Beleidigungsgeschichte hängt mit der Erwerbung des Geländes für den Truppenübungsplatz in der Jossener Gegend zusammen. Als bekannt wurde, daß das Kriegsministerium im Kreise Teltow ein größeres Terrain für diesen Übungsplatz erwerben wollte, stürzte sich eine Menge Bodenspekulanten sofort auf den fetten Biß, nahmen den Landwirten den Grund und Boden zu Spottpreisen ab, um ihn dann mit doppelt und dreifachem Gewinn an das Kriegsministerium weiter zu verkaufen. Der Pfarrer Stier, der die Armut der Gemeinden aus eigener Anschauung kannte, wollte einen Teil des Spekulationsgewinns für die Gemeinden retten, legte sich deshalb mit aller Gewalt für eine Wertzuwachssteuer ins Zeug, die schließlich trotz mancher Winkeizüge interressierter Parteien durchgedrückt wurde. Aber eine solche Wertzuwachssteuer bedarf der Genehmigung durch den Landrat, und die ließ außerordentlich lange auf sich warten, obwohl jeden Tag Tausende infolge der Spekulationen verloren gingen. Am Ende hatten dann auch die Bodenspekulanten ihren Gewinn glücklich in Sicherheit gebracht; als die Genehmigung endlich eintraf, war es zu spät, und

manche der Gemeinden haben darauf verzichtet, nunmehr die Steuer überhaupt in Anwendung zu bringen.

Der Pfarrer Stier regte sich mit Recht über das behördliche Vorgehen auf, schrieb nicht nur ein Flugblatt, sondern richtete auch Eingabe über Eingabe an das Kriegsministerium und an die Verwaltungsbehörden, und mag sich dabei in seinem gerechten Zorn nicht immer in den salonfähigsten Ausdrücken bewegt haben. Das mußte von der christlichen Gerechtigkeit gebrochen werden. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte das Konsistorium 13 Stunden lang wider den Diener des Herrn, der der weltlichen Obrigkeit so wenig Respekt entgegenbrachte. Allein fünf Stunden dauerte das Referat des Untersuchungsrichters, Konsistorialrat Biele. Die Verteidiger des Pfarrers wollten den Wahrheitsbeweis antreten, aber die Beweisanträge, die auf Vernehmung einer Reihe von Zeugen hinausliefen, wurden vom Konsistorium abgelehnt. Auch die in den Anträgen auf Freisprechung endenden eingehenden Plaidoyers der Verteidigung hatten keinen Erfolg; das Gericht erkannte, daß sich der Pfarrer der Achtung, des Ansehens, die sein christliches Amt erfordere, unwürdig gezeigt habe und daß er deswegen strafversetzt werden müsse.

Einen Einblick in die christliche Gerechtigkeit, die das Konsistorium waltete, gewähren die folgenden Ladungsurkunden, die der Konsistorialrat Biele als Untersuchungsrichter an die verschiedenen Zeugen sandte, und die so wunderbar keine Unterscheidungsmerkmale in der gesellschaftlichen Stellung der Zeugen aufweisen:

An die Stellenbesitzer X.

Ich habe Sie als Zeugen zu vernehmen. Sie haben sich am 1ten, 2ten, 3ten, 4ten und 5ten in der Wohnung des Richters in der Straße ... zu befinden. Im Falle des Nichterscheinens werden Sie mit 30 Mk. Strafe genommen.

An den Kassenrentanten Y.

Ich muß Sie als Zeuge vernehmen. Wollen Sie sich bitte, am 1ten, 2ten, 3ten, 4ten, 5ten, 6ten, 7ten, 8ten, 9ten, 10ten, 11ten, 12ten, 13ten, 14ten, 15ten, 16ten, 17ten, 18ten, 19ten, 20ten, 21ten, 22ten, 23ten, 24ten, 25ten, 26ten, 27ten, 28ten, 29ten, 30ten, 31ten, in der Wohnung des Richters in der Straße ... zu befinden. Im Falle des Nichterscheinens werden Sie mit 30 Mk. Strafe genommen.

An den Rgl. Landrat v. A.

Ich bin beauftragt, Sie als Zeuge zu vernehmen. Würden Sie die Güte haben, eine Zeit zu bestimmen, die Ihnen zutrifft. Mir wäre es am angenehmsten um 10 Uhr in meinem Amtszimmer. Um Ihre Zeit nicht zu lange in Anspruch zu nehmen, können Sie vorher Ihre Angaben schriftlich fixieren.

An den Rgl. Regierungspräsidenten v. d. S.

Euer Hochwohlgeboren bin ich beauftragt als Zeuge zu vernehmen. Würden Sie die Güte haben, eine Zeit zu bestimmen, in der ich Sie in Ihrer Wohnung in Potsdam aufsuchen darf usw.“

Man wird nach diesen Dokumenten nicht daran zweifeln dürfen, daß dem Pfarrer Stier das ihm nach göttlicher Gerechtigkeit und christlich-evangelischer Liebe gebührende Recht von seinem Konsistorium geworden ist.

### Ein Spionageprozeß.

Im Militärstaat Preußen-Deutschland jagt ein Spionageprozeß den anderen. Es ist das auch eine Begleiterscheinung des Rüstungskollers. Wie aus einer offenbar harmlosen Sache eine Staatsaktion gemacht werden konnte, zeigt nun der jüngste Spionageprozeß gegen den Buchhalter Eward Napoleon Barbier aus Warschau, der sich im Juli v. J. gelegentlich einer Vergnügungsreise durch Ostpreußen gegen das Spionagegesetz vergehen haben sollte. Am Donnerstag begann der Prozeß vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig. Neunzehn Zeugen und Sachverständige waren erschienen, und die Öffentlichkeit wurde ausgeschlossen. Bis Sonnabend abend dauerten die Verhandlungen, und erst nach 10 Uhr abends wurde das Urteil gefällt, das auf Freisprechung lautete. In der Begründung heißt es: „Der Angeklagte machte im Juli v. J. eine Reise durch den südlichen Teil Ostpreußens um die Masurischen Seen herum und erweckte den Anschein, als wolle er das für militärische Zwecke wichtige Gelände erkunden und an eine andere Macht verraten. Trotzdem ist dem Angeklagten nichts nachgemessen worden.“

Also fast ein Jahr lang wurde der Angeklagte gefangen gehalten und drei Tage lang wurde er hinter verschlossenen Türen einer furchtbaren Inquisition unterworfen, die schließlich mit völliger Freisprechung endete. Und der Reichsanwalt hatte zwei Jahre Zucht haus beantragt! Wenn eine solche Aktion in Szene gesetzt wird, müßte doch einem Angeklagten sehr gravierende Tatsachen ohne weiteres nachzuweisen sein!

### Zum bayrischen Jesuitenerlaß.

Der Bundesrat will sich erst im Herbst mit dem Jesuitenerlaß, der vor einiger Zeit viel Staub aufwirbelte, befassen. Katholische Blätter, die dem bayrischen Ministerium nahe stehen, bemerken hierzu: „Wir können diese Meldung nur bestätigen. Zunächst sind mehrere Gutachten von katholischen Theologen eingeholt worden; dann nimmt das Reichsjustizamt Stellung; hierauf erst der Reichskanzler. Nach diesen Vorarbeiten kommt die Sache im preußischen Staatsministerium vor, worauf erst der Bundesrat an die Reihe kommt. Man rechnet deshalb damit, daß der Reichstag noch vorher Gelegenheit haben wird, sich mit dem Antrage des Zentrums auf Aufhebung des Gesetzes zu befassen, ehe der Bundesrat abstimmt.“

### Hungernde Landarbeiter.

Der freisinnige Redakteur Richter zu Weißwasser hatte in der letzten Reichstagswahlkampagne im Laufe einer Rede auf die schlechten Löhne hingewiesen, die die Rittergutsbesitzer zahlten. Stundenlöhne von 18 bis 20 Pfennig seien bei ihnen Regel. Infolge stürmischer konservativer Zwischenrufe in einer Versammlung hatte Richter schließlich den Namen eines Rittergutsbesizers, des Generalleutnants z. D. von Altröck auf Zimpel genannt.

Die Folge war, daß der Staatsanwalt „im öffentlichen Interesse“ Anklage gegen Richter erhob. Der Angeklagte wurde vom Schöffengericht zu Weißwasser wegen Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Das Landgericht Görlitz hat dieses Urteil jetzt aufgehoben und Richter freigesprochen.

Es wurde vor dem Gericht darauf hingewiesen, daß Altkoch selber Stundenlöhne von 16 Pfennig bezogen habe, die weiblichen Arbeiter erhielten nach seiner eidschweren Aussage sogar nur 10 Pfennig Lohn. Es sei also für die Hauptsache der Wahrheitsbeweis erbracht. Dem Angeklagten stehe durchaus der Schutz des § 193 zur Seite, den das Amtsgericht in Weiskammer ihm verlagte hatte.

In dem freisprechenden Urteil wird daher ausgeführt, der Angeklagte habe sich in keiner Weise formell vergangen, es sei ihm auf die Sache, nicht auf die Person angekommen; er habe hauptsächlich feststellen wollen, daß mit den Stundenlöhnen, wie sie Rittergutsbesitzer seines Wahlkreises zahlten, die Arbeiter hungern müßten.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 17. Juni.

**Zur Nachwahl im ersten mecklenburgischen Wahlkreise.** Die Organisationsleitung unserer Partei im Wahlkreise Hagenow-Grovesmühlen ersucht uns, für den Wahltag — Donnerstag, den 20. Juni — eine Anzahl Wahlhelfer zu stellen. Diese sollen als Stimmzettelverteiler tätig sein und die Wahllokale besetzen. Genossen, die sich am nächsten Donnerstag unserer mecklenburgischen Bruderorganisation zur Verfügung stellen, wollen sich morgen, Dienstag, bis 8 1/2 Uhr abends im Parteisekretariat, Johannisstraße 50 melden.

**Der Abonnementversicherungsmißbrauch,** den ja auch zwei Lübecker Blätter mitmachen, ist von uns schon verschiedentlich an der Hand von Tatsachen gebührend gekennzeichnet worden. Wir wollen heute einige weitere Fälle anführen, die geeignet sind, den „Wert“ dieser angeblichen Versicherung in das richtige Licht zu stellen.

Ein Invalide Bothe in Bändigheim bei Garzburg war, so schreibt unser Braunschweiger Parteiblatt, „Abonnement des „Braunschweiger Allgemeinen Anzeigers“, der, wie mancher anderen bürgerlichen Blätter, auch als Köder zum Abonnementfang die sogenannte Abonnementversicherung eingeführt hat. 500 Mk. soll jeder Abonnent erhalten, falls ihm oder seiner Ehefrau innerhalb Deutschlands ein Unfall zustoßen sollte, der zur Ganzinvalidität führte. Bothe verunglückte im August 1910 und wurde Ganzinvalid. Er machte bei der Zeitung seine Entschädigungsansprüche geltend. Aber jede Zahlung wurde rumbweg abgelehnt, denn die Versicherungsbedingungen waren nicht erfüllt worden. Tatsächlich war Bothe in eine jener berüchtigten Paragrafenfängen geraten, auf die wir unsere Leser schon des öfteren hingewiesen haben. In diesen äußerst raffiniert abgefaßten Bedingungen befand sich nämlich auch eine Bestimmung, wonach derjenige, der Ansprüche erheben will, die letzte Abonnementquittung mit seiner eigenhändigen Unterschrift versehen haben muß. Es versteht sich, daß eine solche Bestimmung eine direkte Fessel darstellt und eine solche soll sie auch sein. In diesem Falle hatte die Ehefrau, wie es wohl sehr häufig sein wird, die Quittung an Stelle ihres Mannes unterschrieben. Und nur aus diesem Grunde wurde die Zahlung der 500 Mk. verweigert. Bothe beantragte gerichtliche Entscheidung. Das Landgericht Braunschweig wies die Klage jedoch ab und klammerte sich dabei an die schon oben erwähnte Bestimmung, nach der die Quittung von dem unterschrieben sein muß, der den Unfall erleidet und die Ansprüche stellt. Nach dem starren Buchstaben des Gesetzes hat die Versicherungsgesellschaft recht. Die Bedingungen, mögen sie auch noch so kleinlich, knifflig und für die Unfälle an sich belanglos sein, sind eben nicht erfüllt, und damit basta!

Ein anderer Fall, der auf die Zeitungsverversicherung kein günstiges Licht wirft, passierte kürzlich in der „Neuen Oberhausener Zeitung“:

Der Raminbauer Goldmann verunglückte am 27. Januar 1911 tödlich. Er war seit seiner Verheiratung (7 Jahre) Abonnent der „N. O. Z.“ und hatte die Abonnementgebühren immer ordnungsgemäß bezahlt. Als die Witwe Goldmann die Unfallversicherungssumme in Höhe von 300 Mk. erheben wollte, wurde die Zahlung verweigert, angeblich, weil der Verunglückte den Versicherungsantrag nicht unterschrieben und an den Verlag der Zeitung eingereicht haben sollte.

Als das Arbeiterssekretariat sich der Sache annahm, bot der Verlag einen Teil der Versicherungssumme vergewaltigt zur Zahlung an. Das wurde abgelehnt und nun mußten sich erst mehrere Gerichtsinstanzen mit der Geschichte befassen. Beim Landgericht Duisburg wurde sogar versucht, die Klage wegen formaler Gründe gegenstandslos zu machen. Die Firma behauptete nämlich, daß die Witwe Goldmann gar nicht auf den Betrag von 300 Mk. klagen könne, da ja auch noch Kinder des G. vorhanden seien, die auch ein Miterbenrecht an dem Geld haben. Der Verlag wurde aber zur Zahlung der 300 Mk. verurteilt.

Diese Dinge reden eine sehr deutliche Sprache und sie zeigen, daß die ganze Abonnementversicherung fast völlig wertlos ist, sie ist nichts anderes als eine Spekulation auf die Unmündigkeit des lieben Publikums. Schon manchem armen Teufel, der da glaubte, die Versicherungssumme würde ihm vorläufig aus der Not helfen, ist übel mitgespielt worden. Die Fälle, wo wegen Nichterfüllung irgend einer nebensächlichen Bestimmung im Verträge die Versicherungssumme nicht ausbezahlt wurde, gelangen begreiflicherweise lange nicht alle an die Öffentlichkeit. Würden diese Fälle alle offenbar, dann fielen gewiß nicht so viele Leute auf den Versicherungswindel der Zeitungen hinein.

**Der niedersächsische Sängerbund,** eine Vereinigung bürgerlicher Gesangsvereine, hielt hier am 15., 16. und 17. Juni sein Jubiläumslängerkonferenz anlässlich seines 50jährigen Bestehens ab. Das Wetter war der Veranstaltung wenig günstig.

**„Schriftlicher Nebenverdienst durch Adressenarbeit“** war häufig in den Inseratenpalten zahlreicher Blätter angeboten. In der Regel handelt es sich aber nicht darum, Leuten zu einem wirklichen Nebenverdienst zu verhelfen, sondern sie um Geld zu bringen. Das zeigt auch eine Verhandlung, die vor dem Hamburger Landgericht stattfand. Im Sommer v. J. erschienen in etwa 100 Zeitungen des In- und Auslandes Inserate, in denen das Internationale Adressenbureau A. Schadel, Hamburg 36, schriftlichen Nebenverdienst durch Adressenarbeit anpries. Auf Anfrage bei dem Bureau erhielten die Reflektanten erst ein Zirkular, in dem ihnen mitgeteilt wurde, daß sie ohne besondere Befähigung den genannten Nebenverdienst (bei 1000 Adressen 8 Mk.) erhalten können. Nach Zahlung von 1,85 Mk. (Bestellgeld frei) erhalten Sie von uns das zum Beginn erforderliche Material (Adressenliste nebst Instruktion und Schema) zugesandt und können Sie dann sofort für mich tätig werden. Ich bitte, beigefügtes Formular ausgefüllt einzusenden.“ Sandten die Leute die geforderten 1,85 Mk. ein, dann erhielten sie drei Druckfächer, in denen den Bestellern ein Schema mitgeteilt wurde, wie sie durch den Vertrieb von Adressen angeblich einen Verdienst erzielen könnten. Diese Ratsschlüsse und Druckfächer waren

völlig wertlos. Zumeist wurden die Leute in den Glauben verführt, daß sie mit dem Schreiben von Adressen beschäftigt werden sollten und für 1000 Adressen 8 Mk. verdienen könnten. Auf Grund eingegangener Anzeigen wurden die Inhaber des Geschäfts in Haft genommen. Es hatten daher wegen Betrugs respektive Beihilfe dazu der Kaufmann Schadel, der Buchdruckereibesitzer Siegmund und der Kaufmann Blund auf der Anklagebank Platz zu nehmen. Nachdem Blund im vorigen Jahre wegen dergleichen Betrügereien mit einer Geldstrafe von 500 Mk. bestraft worden war, ging er zu seiner Erholung nach Nizza und Monte Carlo. In letzterem Ort lernte er den Kaufmann Schadel kennen, der, da er sein ganzes Geld verpielt hatte, völlig mittellos mit Unterstützung der Spielkasse seine Reise wieder nach Deutschland antreten wollte. Blund überredete ihn, mit nach Hamburg zu fahren, wo er in ein Geschäft mit eintreten könne. Bedingung war aber, daß das Geschäft auf den Namen von Schadel geführt werde. Um Blund zu decken, wurde ein Scheinvertrag zwischen den beiden abgeschlossen, nach dem Bl. als Geschäftsführer des Schadel angestellt war. Den Geschäftsgewinn wollten sich die beiden teilen. Nachdem sie in Hamburg angelangt waren, gründeten sie denn auch unter dem hochtrabenden Namen: „Internationales Adressenbureau“ ihr schwindelhaftes Unternehmen. Nach den Angaben des Schadel liefen täglich 60—80 Anfragen ein. Schätzungsweise heimste Blund, denn der holte das Geld von der Post ab, täglich 80 bis 100 Mark ein. Nachdem Schadel die Sache zu bunt wurde, trat er aus dem Geschäft aus, wofür der dritte Angeklagte Siegmund, der schon stets die schwindelhaften Zirkulare gedruckt hatte, Teilhaber wurde und seinen Namen hergab. Wieweil der Ärmsten der Armen durch das gemeingefährliche Treiben geschädigt worden sind, hat sich nicht feststellen lassen. Sicher ist, daß die ergaunerte Summe in die Taschen der Beteiligten geht. Der Staatsanwalt beantragt für Schadel sechs Monate, für Siegmund vier Monate und für Blund ein Jahr sechs Monate Gefängnis. Das Urteil lautet für Schadel auf drei Monate, Siegmund auf sechs Wochen und Blund acht Monate Gefängnis. Bei dem letzten Angeklagten wird auch ein Ehrverlust auf die Dauer von zwei Jahren ausgesprochen.

**Öffentlicher Schlachthof.** Es wurden geschlachtet: Im Monat Mai 1912 21 Ochsen, 112 Vullen, 1600 Kühe und Stieren, 508 fette Kälber, 419 mütterliche Kälber, 4 Lämmer, 54 Ziegen, 3226 Schweine, 129 Schafe, 45 Pferde, zusammen 6118 Tiere gegen 6336 Tiere im Mai 1911. — Beanspruchungen: 1. Untauglich der ganze Tierkörper, gänzlich vernichtet: 2 Kühe wegen Leukämie, 2 Kühe wegen Tuberkulose, 1 Kuh wegen allgemeiner Wassersucht, 1 Kuh wegen Pyämie, 1 Kalb wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel, 4 Schweine wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen allgemeiner Wassersucht, 2 Schafe wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel. 2. Im Dampfdesinfektor gefodert: 3 Kühe wegen Tuberkulose, 5 Schweine wegen Tuberkulose, 2/3 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 1/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 3. Auf der Freibank verkauft: 4 Kühe wegen Tuberkulose, 1 Kuh wegen Wasserigkeit, 1 Jungkuh wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel, 4 Kälber wegen ungenügender Entwicklung, 1 Schwein wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel, 2/3 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 1/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. Außerdem sind bei den übrigen geschlachteten Tieren verschiedene einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 631 kg Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthof untersucht. Davon wurde ein Schwein wegen Bauchfellentzündung beanstandet.

**Doppel-Badeanstalt Falkenwiese.** Die Temperatur betrug am 15. Juni, morgens 6 Uhr: Wasser 18, Luft 11, morgens 10 Uhr: Wasser 17 1/2, Luft 15; mittags 12 Uhr: Wasser 17, Luft 17; abends 6 Uhr: Wasser 17 1/2, Luft 18 Grad Celsius.

Die Temperatur betrug am Sonntag, dem 16. Juni, morgens 6 Uhr: Wasser 16 1/2, Luft 13; morgens 10 Uhr: Wasser 16, Luft 16; mittags 12 Uhr: Wasser 17, Luft 17 Grad Celsius.

**R. Die „weiße Frau“ mit der „Kindekarte“.** Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte am Sonnabend die hiesige Strafkammer gegen die Frau Sch. von hier, die sich wegen **Abreibung** zu verantworten hatte. Desgleichen mußten die Dienstmädchen Marie H., Helene B., Berta M., jetzige Frau J. und die Frau Br. aus Hamburg auf der Anklagebank Platz nehmen. Die Verhandlung, die übrigens ihre Fortsetzung vor dem Schwurgericht finden wird, entrollte ein drastisches Bild aus dem Wirkungskreise einer sogenannten „weißen Frau“. Die Angeklagte Frau Sch. erwarb sich ihre Kundinnen bei ihrer Tätigkeit als Kartenlegerin. Hierbei operierte sie in erster Linie mit der „Kindekarte“, vor der sie ihre Besucherinnen dringend warnte. Nachdem sie auf diese Weise nun erfahren hatte, daß diese sich in anderen Umständen befanden, bot sie ihnen ihre Hilfe an. Das Gericht verurteilte sie zu einem Jahre Zuchthaus. Wegen die Angeklagte B. wurde die Verhandlung ausgesetzt, da sie zur Beobachtung ihres Geisteszustandes in einer Irrenanstalt untergebracht werden soll. Die drei übrigen Mitangeklagten erhielten je zwei Monate Gefängnis. Als Sachverständige waren die Ärzte Dr. Riedel, Dr. Feldmann und Dr. v. Thaden geladen.

**Ein neues Schlafmittel.** Die Unglücklichen, die in der Nacht der Schlaf nicht werden mit Begierde nach einem neuen Mittel greifen, das ihnen Ruhe verspricht, wenn alles Veronal und Trional und Chloral nicht mehr wirkt. Aber ob diesen Leidenden das neue Mittel wirklich Erfolg bringt, scheint uns zweifelhaft, dagegen dürfte für die anderen, die bisher ohne medizinische Schlafmittel auszukommen, wenn auch vergeblich, versucht haben, das folgende Mittel des Versuchs wert sein. Die Erfahrung, daß der Duft etwas einschläferndes hat, ist ja alt, und man weiß, daß duftende Blumen im Schlafzimmer sogar betäubende Wirkung ausüben. Freiligrath's „Blumenrache“ hat diese Erfahrung poetisch gestaltet. Nun gibt es aber Düfte, die, ohne betäubend zu wirken, die Nacht haben, die Nerven zu beruhigen und allmählich einzuschläfern. Es wird daher vorgeschlagen, die Kopfkissen mit solchen Düften zu imprägnieren. In erster Linie kommt dafür Lannennadelnduft in Frage. Man fülle ein kleines Beutelchen mit frischen Lannennadeln, natürlich von den Zweigen abgestreift, etwa in der Größe von 15 Quadratcentimetern. Es darf nicht zu fest gestopft werden, damit das Säckchen nicht den Kopf drückt, und nur mäßig voll sein. Dann trenne man das Kopfkissen auf und verstecke dieses Säckchen mitten unter den Federn. Das Kissen wird wieder zugemacht, und es dringt der Duft der Lannennadeln ganz leise zu dem darauf Liegenden — und er schlummert ein. Lannennadeln behalten ihren Duft für einige Monate, dann muß man sie erneuern. Sehr empfohlen wird auch statt der Lannennadeln getrockneter Hopfen, ferner getrocknete Rosenblätter, vermischt mit Kleeblättern, deren wundervoller Geruch den ganzen Raum mit Frische erfüllt.

**Im Sanja-Theater** setzt das Ensemble des Intimen Theaters in Hamburg sein in kurzem beendetes Gastspiel fort. Das Programm ist erneuert worden und auch die

jetigen Darbietungen finden den ungeteiltsten liebhaften Beifall des Publikums. Sehr dröckig und pikant ist der Gnatzer „Pariser Stubenmädchen“. Einige der lebenssprühenden Zeichnungen des jungverstorbenen Simplicissimusstilfers Reznicek, die durchweg der Welt, in der man sich nicht langweilt, entnommen sind, werden jetzt im Hansa-Theater in der Form von geschickt arrangierten lebenden Bildern reproduziert. Das sehr gut besuchte Haus amüsierte sich gestern sehr bei diesen und den andern bereits früher besprochenen Darbietungen.

**Kücknitz.** Die Bannerweihede des Arbeiterradfahrervereins „Nordstern“ fand gestern nachmittags in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Vereine Lübeck, Schlutup, Herrnhagen, Moisling, Schwartau, Schönhöfen, Selmsdorf und Wilhelmshagen, die zum großen Teil mit ihren Bannern erschienen waren, statt. Genosse Böwig-Lübeck hielt die Weiberede, in der er kurz auf die technische Entwicklung des Fahrrades und der Fortschritte der Arbeiterradfahrerbewegung hinwies, die in ihr Wappen das stolze Wort „Solidarität“ geschrieben habe, das verpflichtet, sie auch auf sportlichem, politischem und gewerkschaftlichem Gebiet zu üben. Möge das neue Banner immer größere Kreise von Sportgenossen um sich scharen. Eine Korfahrt durch den Ort sowie ein Ball schloß sich an die Weihe.

**Cutin.** Oldenburg und die Reichsversicherungsordnung. Jetzt sind auch im Großherzogtum Oldenburg die Ausführungsbestimmungen zur Reichsversicherungsordnung erschienen. Danach wird zum 1. Juli in der Stadt Oldenburg ein Oberversicherungsamt mit einem Direktor an der Spitze errichtet. Für die Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld wird je eine Spruchkammer in Cutin und Birkenfeld gebildet. Als Vorstehende der Versicherungsämter werden die von der Regierung ernannten Stellvertreter der Amtshauptmänner fungieren.

**Hamburg.** Unterschlagungen bei der Maler- und Lackierer-Innungskrankenkasse. Der Rechnungsführer Hirsch ist wegen wiederholter Unterschlagungen zum Nachteil der hiesigen Maler- und Lackierer-Innungskrankenkasse festgenommen worden. Er hat die Kasse durch falsche Rechnungsführung um zirka 4000 Mk. geschädigt. Vor zirka anderthalb Jahren sind die Staatsanwaltschaft und die Aufsichtsbehörde der Innungen durch ein Vorstandsmitglied der Krankenkasse auf bestehende Unregelmäßigkeiten in der Kasse aufmerksam gemacht worden. Die Staatsanwaltschaft hat darauf den Bescheid erteilt, daß eine „gründliche Revision“ eine strafbare Handlung nicht hat feststellen können, weshalb das Verfahren eingestellt sei. — **Mordverfuch.** Sonnabend mittags spielte sich in der Springelwiese Nr. 4 eine aufsehenerregende Szene ab. Ein 19jähriger Knirps, namens Schmidt aus Odenhof, verkehrte bereits mehrere Tage mit dem dort wohnenden Mädchen Neuhaus. Als er Sonnabend morgen bei ihr zu Besuch kam, fand er einen Rivalen bei ihr und ging fort. Nach mehreren Stunden kehrte er in angetrunkenem Zustande zurück, verriegelte sofort die Tür hinter sich und gab ohne weiteres einen Revolverbeschuss auf seine Geliebte ab, ohne sie indes zu treffen. In seiner Erregung zertrümmerte er dann die M. trotz heftigen Sträubens und Schreiens ans Fenster und stürzte sie hinab. Das Mädchen fiel etwa vier Meter tief auf das Dach eines Schuppens und glitt von da langsam zur Erde. Es erlitt anscheinend schwere innere Verletzungen und wurde ins Hafentrankehaus geschafft. Schmidt wurde von Hauseinswohnern angehalten und der Polizei übergeben.

**Stade.** Großer Fabribrand. In der Abmischen Fabrik für Zecroprodukte und Dachpappen brach am Sonnabend, wahrscheinlich infolge einer Explosion, ein Feuer aus. Die Fabrik liegt direkt an der unterelbischen Bahnstraße. Eine ungeheure pechschwarze Rauchfäule stieg zum Himmel und wurde vom Wind weit hinein in das Alte Land getrieben. Die Fabrikgebäude sind bis auf die Verwaltungsbäude und das Lager rettungslos verloren.

**Rostock.** Wenn ein Arbeiter „einen lauten Wind abläßt“, kann er nach mecklenburgischem „Recht“ sofort entlassen werden. Wenn ein „wichtiger Grund“ vorliegt, kann nach § 626 des Bürgerlichen Gesetzbuches ein Dienstverhältnis einseitig vom Dienstherrn gelöst werden. Agrarische Amtsgerichte waren in der Feststellung solcher „wichtigen Gründe“ von jeher äußerst hündig. Den Vogel abgeschossen haben auf diesem Gebiete jetzt zwei mecklenburgische Gerichte. Sie fanden übereinstimmend, daß ein wichtiger Grund zur sofortigen Entlassung vorliegt, wenn der Arbeiter „einen lauten Wind abläßt“. Bei dem Gutsächter v. Dergen in einem mecklenburgischen Nest war ein Arbeiter für die Erntezeit gegen 3 Mk. Tagelohn und einen „Nachschuß“ von 25 Mk. angenommen. Eines Tages war er mit anderen zusammen beim Aufsichten einer Strohmiete beschäftigt. Dabei passierte ihm der „wichtige Grund“. Das Unglück wollte, daß der Herr Inspektor etwa 6 Meter entfernt stand und Obrenzeuge dieses seltsamen Abblasens war. Der Arbeiter wurde deshalb sofort entlassen. Seine Entschädigungsklage wurde vom Amtsgericht Groten abgemiesen mit der Begründung, „es sei kein Zweifel, daß Kläger es sehr wohl vermochte, seine Winde geräuschlos entweichen zu lassen; er habe dies aber absichtlich laut getan, um dem Inspektor seine Nichtachtung zu bezeigen, der ihn einige Zeit vorher zu rascher Arbeit angetrieben hatte. Sein Verhalten sei eine schwere Beleidigung des Inspektors, die zur Entlassung berechtige.“ Zum gleichen Standpunkt und damit zur Zurückweisung der gegen das Urteil eingelegten Berufung kam das Landgericht Rostock, das in seiner Urteilsbegründung weiter ausführte: „Würde ein Gutsächter ein Benehmen, wie das des Klägers, ungerügt hingehen lassen, würde er hiergegen nicht sofort auf das schärfste eingreifen, so würde er das Ansehen des Inspektors und damit sich selbst auf das schwerste schädigen.“ Als erschwerend käme aber noch hinzu, daß der Arbeiter auf die Entlassung durch den Inspektor ermordete, er habe mit ihm nichts abzumachen und könne seine Winde auch dann nicht anhalten, wenn selbst der Herr v. Dergen dabei stehe.

Lübecker Marktpreise vom 15. Juni.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,25 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30—1,35 Mk., Hasen — Mk., Enten — Mk., Gähner 2,00—3,00 Mk., Rufen Stück 1,20—1,50 Mk., Tauben Stück 60—70 Pf., Gänse — Pfd. — Mk., Flockgans — Mk., Schinken Pfd. 0,00—1,10 Mk., Schweinskopf Pfd. 50—60 Pfg., Würst Pfd. 1,30—1,40, Eier Stück 7—7 1/2 Pfg., Heringe — Pfg., Dorsche genug, Süßwasserfische genug, Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk., Schlei 1,40—1,50 Mk., Brachsen 0,60 Pfd., Sechte Pfd. — Pfg., Barische Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,70—1,00 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genug, Blumentohl der Kopf 80—60 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Äpfel verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Blaumen. pr. 100 Pfd. 70—80 Pfg., Mand Pfd. — Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 60 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Böwig.  
Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. S.  
Sämtlich in Lübeck.

# Höchstwichtige Mitteilung für alle Leser des „Lübecker Volksboten“.

Unseren Lesern teilen wir hierdurch freudig mit, daß wir von jetzt ab eine reich illustrierte Wochenschrift unter dem Titel „Welt und Wissen“ herausgeben und hierdurch ein Blatt geschaffen haben, welches sowohl den ernstesten Gelehrten wie auch den Mann aus dem Volke voll befriedigen wird. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Zahlreiche gewählte Abbildungen werden das geschriebene Wort ergänzen. Die Namen der Mitarbeiter — nur allererste Fachleute — sind jedem gebildeten Deutschen bekannt.

Um nun zu ermöglichen, daß alle unsere Abonnenten darauf abonnieren können, haben wir die kleine Entschädigung, die wir notwendig haben müssen, äußerst niedrig gestellt, und zwar auf nur 15 Pfg. für ein 24 Seiten starkes Heft.

Jedes Heft enthält 10—20 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen:  
Der Mensch in der Pfahlbauzeit. — Wenn die Erde erzittert. — Gesundheit und Schönheit. — Der Wille und dessen Gymnastik. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisterwelt. — Flüssige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwundene Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Elektrizität im Haushalt. — Mein Aquarium. — Unser Sonnensystem. — Das heutige Erbrecht usw. usw.  
Um unser Ziel zu erreichen, daß „Welt und Wissen“ von jedem Gebildeten abonniert wird, liefern wir an Abonnenten von „Welt und Wissen“ eine große illustrierte

Hand- und Hausbibliothek vollständig gratis, und zwar sind folgende Werte in Aussicht genommen, von denen zu jedem Jahrgang resp. 52 Heftlieferungen 3 kompl. Werte geliefert werden:  
Illustrierte Geschichte des Deutschen Volkes.  
Illustrierte Weltgeschichte.  
Die Entstehung der Erde.  
Illustrierte Himmelskunde.  
Illustrierte Kulturgeschichte des Mittelalters.  
Denkwürdige Entdeckungswelt.  
Denkwürdige Erfindungen.  
Illustrierte Tierkunde.  
Illustrierte Pflanzenkunde.  
Illustriertes Buch der Technik.  
Entdeckungswelt nach dem Nord- und Südpol.

Entdeckungswelt im schwarzen Erdteil.  
Illustriertes Buch der Chemie.  
Der Vulkanismus.  
Die Luftschiffahrt und der Aeroplan.  
Der Bau des menschlichen Körpers.  
Die Völker Asiens.  
Die Völker Afrikas.  
Die Völker Amerikas.  
Illustrierte Geschichte des Altertums.

**Bestellchein** für die Abonnenten des „Lübecker Volksboten“.  
Herrn **Fr. Meyer & Co.** Lübeck.  
Unterzeichneter abonniert hierdurch auf  
**„Welt und Wissen“.**  
52 Hefte à 15 Pfg.  
Name: .....  
Ort: .....  
Straße: .....

Gelucht zum 1. Okt. Zwei- bis Drei-Zimmer-Wohnung, part. von Leuten ohne Kinder, in Fackenburg oder Krempelsdorf. Off. u. G. K. an die Exped. d. Bl. (1189)

Gelucht zum 1. Okt. eine Zwei-Zimmer-Wohnung vorm Burgtor von ruhigen Leuten. Angeb. mit Preisang. u. D. A. an Exp. (1194)

Eine fast neue Wiener Singschule u. verbl. Preis 10 Mk. (1186) Borrader Str. 15 a.

**Grundstück Marlistr. 1a**  
zu verkaufen oder zum 1. Juli er. zu vermieten. Part. 75 Mk. und 1. Gr. 37,50 Mk. vierteljährlich im voraus zahlbar. 1188  
**Dr. Ernst Brehmer,**  
Kohlmarkt 7/11 L.

Umständl. neue, moderne Plüschgarnitur, Spiegel mit Stufe, 2 für Kleiderstuhl, Bettst. 1 für Kleiderstuhl, alte mah. Schreibschatulle, sehr billig zu verkaufen. (1193) Fleischhauerstr. 79, part.

1 bl. und 1 schw. Frauenmantel, auch als Umständl., 2 schw. Jacketts, a 1,50 Mark. 1201 Travellmannstr. 31 33. L.

**1 Sportkarre**  
zu verk. (1191) Wafenismauer 86.

**Fast neuer Sportwagen**  
(verstellbar u. mit Gummireifen) z. verk. Stitenstr. 26; L. 1189

**Mehrere junge Kaninchen**  
abzugeben. 1184  
**Pohl, Schönemannstr. 3, II.**

**Alte und junge Reisebrieftauben** billig zu verkaufen. Umgehören gestattet. 1185  
**H. Schaefer, Mönchhofer Weg 1.**

**Hausstandswäsche** wird saub. gewaschen und geplättet. Stück 7 Pfg. Ang. unter B. D. an die Exped. d. Bl. 1198

**3 junge Katzen** zu verkaufen. Abends nach 6 Uhr. 1187  
Hundestr. 43-9.

**Geschäfts-Verlegung.**  
Am Montag, 17. Juni verlege ich mein Geschäft von der Werderstraße 28 nach der **Kahlhorststr. 47 a.**  
1183 Hochachtungsvoll  
**Franz Schander.**

Für **Schwerhörige** und **Ertaubte** bin ich bereit, einen 6 wöchentlichen **Abkürzungskurs** in Lübeck abzuhalten. Darausaus neue, sehr erfolgreiche Methode, speziell für Kinder. Besondere Vorrichtung für Kinder.  
Zur **Bevorzugung** in Lübeck am Sonntag, 22. Juni, 3 bis 4 1/2 Uhr, Hotel Union.  
Kaufmännischer **Roman Bachmeier** (1192) aus Segeberg.

**Bilder** werden gut und billig eingeraubt.  
Eisenstr. 22.  
1182

**Schöne Rot-, Weiß-, Rosen- und Blumenkohl-Pflanzen** zu verk. Jedes 21 Pfg. (1190) Marlistr. 23, part.

**Verz. Butterhändler**  
von Lübeck und Umgeb.  
**Allerfeinste Meiereibutter**  
Kostl. Pfd. 1.35 Mk. (1195)

Jeden Dienstag und Donnerstag um 10 Uhr auf dem **Schwannentor** mit **Seelachs, Sardinen, Kaviar, Serrano, Schinken, Forellen, Garnelen, Lachs, Heringe, Sprotten, Saiblinge, Störche, etc.**  
Boy, Fischhandlung, Lübeck

**Neue Subskriptions = Eröffnung**

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch für nur 25 Pfennig

# Carl Sagenbed Von Tieren und Menschen

pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressantesten Erlebnisse und Erfahrungen:

Wir bieten hierdurch unseren Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hauschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in **5 Räten v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.** Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschauen sollte.



„Ein Volksbuch im besten Sinne“ ist Carl Sagenbeds Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielt, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er verstreut, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie kein anderer Roman es kaum vermag.

**80000 Exemplare** bereits verkauft

Carl Sagenbed der bloße Name läßt vor den Augen die seltsam angedeuteten Bilder entstehen von fernem Erden, deren Jagdgründe die Jäger und Jägerin des größten Tierreichs der Welt durchstreifen, ihre fast familiäre zoologischen Gärten ihre Wälder beheimatet, die erkrankten Erträge Sagenbedscher Tierreich, die Hosen, Ähren und andere bilden Tiere in frühlicheren Zeiten, die im Jahre 1887 Carl Sagenbeds Reisebeschreibungen sind

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

Carl Sagenbeds Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und außerordentlich anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Weltmann begründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung. Auch für die reife Jugend bedeutet Sagenbeds Werk ein Buch, wie es sich besser nicht denken läßt.

Von der ersten bis zur letzten Seite läßt man den Inhalt der oft mit zu hagen gefühmt humor vorgelegten Schilderungen gefangen. Dabei ist Carl Sagenbeds Werk keine bloße Unterhaltungsliteratur, es ist ein Bildungselement ersten Ranges. Ein neuer „Brehm“ liegt hier vor uns, seiner lehrhaften Form entspricht und um die Dingenarrationen eines weltumspannenden Forschungsreisenden bereichert.

Das Werk ist auch in einem **M. 6.—** Bande zum Preise von **M. 6.—** zu beziehen von der Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

West anfüllen  
Bestellchein  
An die Buchhandlung Fr. Meyer & Co  
Unterzeichnet... bestell hierdurch  
Carl Sagenbed, Von Tieren und Menschen  
Wochenschrift in 21 Lieferungen à 25 Pfg. = 5,25 Mk.  
nebst einer Einbande für 76 Pfg.  
Wöchentlich ist eine Lieferung anzufordern.  
Satzpreis, komplett in 1 Band für Mk. 6.—  
(Nichtgenutztes ist zu zurückgeben.)  
Name und Stand:  
Genauere Adresse:

**Achtung! Achtung!**  
Arbeiterhosen 2.— Mk., engl. Lederhosen 2.— bis 4.— Mk.  
Arbeits-Kajen 1.— Mk., zum Ausschuchen.  
Stoff- und Buckskinhosen 3.— bis 5.— Mk.  
Kinderanzüge 2.50, 3.50, 4.50. 1199  
Herrenanzüge 10.— bis 15.— Mk.  
Knabenanzüge von 10—14 Jahren 6.— Mk.  
Div. Schürzen, Schuhwaren f. jed. annehm. Preis.  
**Rauch, Brocksstr. 45, I. Kein Laden.**

**Kindermehl**  
**Pohl's**  
Aerztlich empfohlene Nahrung für gesunde & magen- und darmkranke Säuglinge, ältere Kinder und Erwachsene  
Zu haben in Apotheken und Dragerien. (322)

**Frauen-Unterstützungsbund der Schneider.**  
**Mitgliederversammlung**  
am Dienstag, dem 18. d. M., abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Johannisstraße 50-52.  
1. Der Tagesordnung des Vorstandes. 2. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung. — Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erwünscht. 1215 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiterverband**  
Zahlschele Lübeck.  
Die gemeinschaftliche Mitgliederversammlung kann am Dienstag nicht stattfinden, sondern voraussichtlich am Donnerstag, dem 20. Juni.  
1203) Der Vorstand.

**Hansa-Theater.**  
Gastspiel  
**Intimes Theater aus Hamburg.**  
Sonntag neues Programm:  
**Pariser Stubenmädchen**  
**Reznicek-Album**  
**Die konfiszierte Venus** und die übrigen Schlager. 1200  
Montag, 17. Juni:  
**Volksvorstellung.**  
Loge u. Fauteuil 1.— Mk. Alle andern Plätze 50 u. 30 Pf.



**Meyer's Kaffee**  
in Paketen.  
Beste Qualitätsmarke.  
Direkter Import.  
Hamburg, Freihafen.  
Nur zu haben bei:  
Lübeck, Stadt:  
H. Beckmann, Engelsgrube 51, T. 2633.  
Ernst Henk, Mühlstr. 50, T. 1587.  
Wilh. Kalm, Joh. Wilh. John, Schüsselbuden 3, Teleph. 1154.  
Löhnmann & Co., Kurze Königstraße 127, Teleph. 272.  
Gust. Magaard, Johannisstraße 13, Teleph. 1928.  
Eduard Speck, Süßstr. 80, T. 593.  
Carl Fr. Timm, Glockengießerstr. 16, Tel. 2414.  
Otto Trepkau, Fleischhauerstr. 11, Teleph. 867.  
Ernst Voss, Gr. Burgstr. 59, T. 410.  
Ad. Wichmann, Bedergrube 56, T. 325.  
Burgtor:  
Fr. Frahm, Bülowstraße 13.  
Carl Hudoffsky, Marktstraße 44, Telephon 1761.  
Ludw. Welcher, Joh. Johs. Elvers, Lange Reihe 2a, Teleph. 523.  
Hüxtertor:  
Rud. Brincker, Hüxtertor-Allee 5, Teleph. 360.  
O. Krenzfeld, Travellmannstr. 21, Teleph. 9045.  
Ernst Luth Nachf., Spillerstr. 5, T. 493.  
Carl Piper, Blücherstr. 23, T. 8955.  
Mühlentor:  
Gebr. Begasse, Umlandstr. 7, T. 491.  
W. Giefeldt, Friederichstr. 1, T. 2241.  
Max Petersen, Rabebg. Allee 40, T. 324.  
Holstentor:  
Fедder J. Behm, Gantstraße 97, Telephon 1596.  
Otto Bähneck, Friedenstr. 76.  
Ad. Danielsen, Moisl. Allee 26, T. 1810.  
Bernh. Grube, Lachsgr. Allee 25, T. 2264.  
Johs. Schröder, Ziegelstr. 14.  
Johs. Schwang, Schwartauer Allee 5, Teleph. 1809.  
Carl Trost Nachfg., Fackenburg, Allee 55, Teleph. 1990.  
Paul Oldenburg, Fackenburg, T. 2018.  
Aug. Lemhcke, Gieverbück, T. 2215.  
Paul Draguhn, Schwartau, T. 1789.  
J. U. Kröger, Travemünde, Torstr. 1, Tel. 1.  
Derselbe, Kaiser-Allee 5a, Tel. 48.  
J. U. Kröger, Niendorf a. O., T. 16.  
J. Haht, Pansdorf.  
K. Barkmann, Schlutup.  
P. Marquardsen, Schlutup.  
P. Krellenberg, Seimsdorf.  
Heinr. Prange, Zarpfen. (1197)  
Vertreter **Otto Hahn, Lübeck.**

**Kalnbergs**  
Variété und Kabarett.  
16.—30. Juni:  
Variété ohne Männer.  
Um 11 Uhr:  
**Soubretten-Wettstreit.**  
Beg. 8 Uhr. (1195) Entr. 40 Pfg.

## Hanfabund und mittlere Linie.

Am 12. Juni waren drei Jahre vergangen, seit der Hanfabund, die wirtschaftliche Organisation des industriellen und kommerziellen Bürgertums, zu Berlin ins Leben getreten ist. Was den äußeren Anstoß zu der Gründung gab, welche gewaltigen Erwartungen an sie gestellt wurden, wie die Interessenten der schweren Industrie der von Herrn Rießer und seinen Freunden vertretenen Politik Schwierigkeiten in den Weg legten und eine schwere Krise in dem jungen Verbands heraufbeschworen, wie die neue Hanfa mit Geld und Mannschaften in die Wahlkampagne eingriff — das alles ist ja noch in frischer Erinnerung.

Seit dem Jahre 1909 haben auch die Leiter des Bundes wahrscheinlich allerlei Wasser in ihren Wein gegossen. Die Begeisterung der Bourgeoisie für gemeinsame Kämpfe pflegt nicht lange anzudauern, und wenn es schon, wie das Beispiel der Lieberischen Armee beweist, schwer fällt, die Truppen auf dem Marsch gegen die Sozialdemokratie bei der Fahne zu halten, so haben die Feldherren, die das Bürgerium in geschlossener Phalanx gegen die Rechte führen wollen, erst recht ihre liebe Not. Da macht man sich einer der Bäckereien, die beim Auszug die Fahne so lebhaft geschwenkt und mit großen und mutigen Worten um sich geworfen haben, schlapp, sobald der Feind in Sichtweite kommt und scharf geschossen wird. Er schlägt sich mit der Versicherung, daß es so doch nicht gemeint gewesen sei, seitwärts in die Wälsche, stimmt lebhaft Klagen über den Bruderkrieg an und gibt sich alle Mühe, um Gottes willen nicht das Renommee eines gutgefinnten Untertanen und die Auslichtung auf den Titel eines Geheimen Kommerzienrats oder ähnlich wertvolle Auszeichnungen aufs Spiel zu setzen.

Mit diesen menschlichen Schwächen haben denn auch die Führer des Hanfabundes sehr bald rechnen gelernt, und was beinahe wie ein Sturm begann, wandelte sich schnell in ein sanftes Säuseln. Immer langsam voran, wurde die Parole, damit dem Krähwinkler Landsturm die Rüste nicht ausging. Wer angenommen hatte, daß hier ein Kampfbund geschaffen sei, sah sich enttäuscht, es war eine im wesentlichen bürokratisch arbeitende Interessenvertretung, die ihr Heil im Herausbringen möglichst vieler Drucksachen und der Veranstaltung umfangreicher Enquêtes suchte. Natürlich hat auch eine Organisation mit solchen Zwecken für das Handels- und Industriekapital ihren Wert, aber sie hört auf, die vernichtende Waffe im Kampfe gegen die wirtschaftliche Reaktion zu sein, als die die Hanfa bei ihrer Gründung gefeiert wurde.

Wenn nichtsdestoweniger auf der Gesamtschlußfeier, die des schöneren Eindrucks wegen auf den Geburtstag des Bundes gelegt wurde, die Redner stark in Subelstimmung machten, so ist das nicht weiter verwunderlich. Klappern gehört zum Handwerk, und schließlich muß doch auch den ungetreuen Freunden im Rheinland und Westfalen bewiesen werden, daß man noch lebt.

Herr Rießer ließ es sich besonders angelegen sein, die Überzeugung von dem sieghaften Vordringen der Hanfaten durch den Hinweis auf den Ausgang der letzten Reichstagswahlen zu wecken und zu stärken. Eine Reihe von Führern des Bundes der Landwirte seien geschlagen. Das ist richtig: Roelcke und Hahn vor allem „jieren“ das deutsche Parlament nicht mehr. Aber das bedeutet an sich noch wenig. Die sind auch schon 1903 einmal, als es noch keinen Hanfabund gab, ausgefallen und kehrten 1907 doch als Sieger zurück.

Ferner: 56 Mitglieder des Hanfabundes und 33 Abgeordnete, die auf dem Boden seiner Richtlinien ständen, seien gewählt worden. Das ist ziffernmäßig ein ganz netter Erfolg. Wenn man nur eine Gewähr dafür hätte, daß diese 88 Mann nun auch alle einen energischen Kampf gegen das Agrarierium zu führen entschlossen sind. Nicht ganz uninteressant würde es beispielsweise sein, festzustellen, wie viele von ihnen gleichzeitig zu dem Einundvierzigerklub gehören, der den Weisungen des Zentralverbandes Deutscher Industrieller zu gehorchen hat, weil seine Mitglieder von ihnen mit Wahlgeldern ausgerüstet worden sind.

Der Ansturm der Agrarkonservativen auf dem Westen, triumphiert Rießer weiter, sei zurückgewiesen worden. Nun, mit dieser Attacke war es erstens nicht so ernst, und zweitens sind die Verdienste des Hanfabundes bei ihrer Abwehr doch einigermaßen zweifelhafter Natur. Wo die Sozialdemokraten Mandate behauptet oder erobert haben, sind sie dem Hanfabund keinen Dank schuldig, und wo die Sozialdemokraten nicht siegten, da sitzt das mit dem Agrarierium eng verbündete Zentrum und da sitzen Nationalliberale von der Schattierung, die sich vom Freikonservatismus nicht mehr unterscheiden läßt. An den Völkger und Heckmann wird der Landrat Koetger, dem die Rießerische Politik zu liberal war, nichts auszusetzen haben.

Alles in allem, und das ist der Trumpf des Hanfabundpräsidenten, „die Mehrheit des bisherigen Reichstags, die einer extrem-agrarischen Politik günstig war, ist beseitigt.“ Lassen wir die Definition des Begriffs „extrem-agrarisch“ beiseite und rechnen wir auch nicht mit den schwankenden Gestalten der Nationalliberalen; nehmen wir an, daß der neue Reichstag im Gegensatz zu seinem Vorgänger eine Mehrheit gegen „extrem-agrarische“ Forderungen besitze. Ist das wirklich in erster Reihe das Verdienst des Hanfabundes? Herr Rießer will statistisch nachweisen können, daß 160 Sozialdemokraten gewählt worden wären, wenn der Bund nicht seine Kandidaten mit so großem Nachdruck unterstützt hätte. Er hat vergessen hinzuzufügen, daß der Bund in zahlreichen Fällen nicht nur seinen Kandidaten, sondern sehr weit rechtsstehenden Mandatsbewerbern aller Nuancen seine Hilfe geliehen hat, wenn sie in der Stichwahl gegen einen Sozialdemokraten standen. Daß den Konservativen und dem Zentrum eine Schluppe beigebracht werden konnte, ist nicht auf sein Konto zu schreiben.

Herr Rießer hätte ja am Ende in dieser Beziehung gern konsequenter sein mögen, aber der Krähwinkler Landsturm wollte nicht, und so mußte die „mittlere Linie“ eingehalten werden. Das heißt: man kämpfte nicht gegen das Agrarierium, sondern gegen die Agrardemagogie, und jedem ist es überlassen, festzustellen, wo die Agrardemagogie anfängt. Man wandte sich nicht gegen die bestehenden Wucherzölle, sondern volentieri nur gegen ihre Erhöhung, und vor allen Dingen unterließ man es nicht, seine Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie zu betonen. Und zwar je nach dem Ort, seiner Lage und seiner Stimmung richti gründlich zu betonen, weit energischer, als die Abneigung gegen die extremen Agrardemagogen.

Diese mittlere Linie ist jetzt auch in Berlin wieder gepriesen worden. Man will auf ihr verharren. Man will also ungefähr in derselben Richtung auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik marschieren, die die Nationalliberale Partei in ihrer gesamten politischen Betätigung einhält, und damit ist es ganz selbstverständlich, daß der Hanfabund, so wenig er sich parteipolitisch festlegen will, doch

die nächsten Beziehungen zur Nationalliberalen Partei hat und bestrebt sein wird, die radikalere Elemente, die Fortschrittlichen, zu dieser mittleren Linie herüberzuziehen. Der Hanfabund und das Gros des Nationalliberalismus werden immer mehr auf einander angewiesen sein, und bei dieser Kooperation werden am Ende nicht sowohl die relativ liberalen Ideen des Herrn Rießer, sondern die der Bourgeoisie sympathischeren des Herrn Fuhrmann die maßgebenden sein. So mehr die Altliberalen innerhalb ihrer Partei Fuß fassen, um so vorsichtiger und zurückhaltender wird auch der Hanfabund auftreten müssen. Man kann sich nicht politisch den Konservativen nähern und gleichzeitig die wirtschaftlichen Forderungen des Agrarieriums bekämpfen wollen.

## Fünf Jahre Staatsstreich.

Am 16. Juni 1907 wurde auf Befehl des Zaren die zweite Duma aufgelöst, die sozialdemokratische Fraktion ins Gefängnis geworfen und dem Volke ein neues Wahlgesetz aufgezwungen, das die Duma den Sunkern und den Kapitalisten auslieferte. Von diesem Tage datiert das heutige russische Staatsweien; an diesem Tage nahm die Gegenrevolution den Charakter einer ungezügelt blutigen Orgie an, die das ganze Reich in ihre Fesseln schlug.

Der Staatsstreich, der vom Umsturzministerium Stolypin vollstreckt wurde, führt in seinen inneren Zusammenhängen zurück auf die revolutionären Ereignisse der Jahre 1905 und 1906. Das liberale Wahlgesetz vom 11./24. Dezember 1905 war eine unmittelbare Frucht der vorhergehenden revolutionären Kämpfe. Zwar waren die Kräfte der Revolution durch die Niederwerfung des Moskauer Aufstandes und das Wüten der Strafexpeditionen geschwächt, aber ihre Nachwirkung in der Massenbewegung der Arbeiter und der Bauern war 1906 noch so stark, daß die erste Duma, die im Mai zusammentrat, trotz der Vorherrschaft der liberalen Bourgeoisie in derselben, noch völlig unter ihrem Banne stand. Die Regierung löste im Juli die erste Duma auf, sie wagte aber nicht, das Wahlgesetz zu ändern, sondern begnügte sich mit der Einführung der Feldgerichte und der Bornahme tief einschneidender reaktionärer Gesetzesmaßnahmen auf Grund des Notparagrafen 87 der Verfassung. Die zweite Duma, die zu drei Vierteln aus oppositionellen Parteien bestand und 55 Sozialdemokraten in ihren Reihen zählte, trat am 5. März 1907 zusammen und stand während ihrer dreimonatigen Existenz fortwährend unter dem Damoklesschwert der Auflösung. Das Kräfteverhältnis war für sie noch ungünstiger als für ihre Vorgängerin: die Massenbewegung flaute immer mehr ab, während die Bourgeoisie, durch die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter in ihren heiligsten Gefühlen verletzt, sich dem Sunkertum in die Arme warf und dessen politische Vorherrschaft anerkannte. Der Staatsstreich der Regierung brachte nur die Tatsache zum Ausdruck, daß der Großgrundbesitz, das Kapital und die Bürokratie sich zur gemeinsamen Abwehr der ihnen drohenden Gefahren vereinigt hatten, und der in jame Gewaltstreich gegen die sozialdemokratische Fraktion, die unter der fälschlichen Anklage des „Hochverrats“ eingekerkert wurde, unterstrich noch die Absicht des konterrevolutionären Blocks, seine Schläge vor allem gegen die Arbeiterklasse zu richten.

Das Wahlgesetz vom 16. Juni 1907 brachte diese Absicht in krasser Weise zum Ausdruck. Das ohnedies recht unzulängliche und arbeiterfeindliche erste Wahlgesetz

## Gleich und gleich.

Eine Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

(22. Fortsetzung.)

Der Alte schweig; dann schüttelte er sein Haupt mit drohlichem Ausdruck. „Datt' nicht gedacht,“ rief er dann, „daß wir ihm eine solche Kommission geben müßten! — Aber wer A sagt, muß B. sagen. Und so sei's denn — in Gottes Namen!“

Schlome wurde gerufen. Er erschien andern Tags. Man hatte ihn bei der Botschaft ohne alle Andeutung gelassen, wozu man ihn wollte; er trat daher keineswegs mit der alten Sicherheit in die Stube, vielmehr konnte man in seiner Miene einen Schein von Argwohn und Sorge bemerken.

„Guten Tag, ihr Herrschaften“, sagte er, Grüsse nickend. „Womit kann ich dienen?“

Die bemerkte Stimmung des Juden regte in der Seele des Mädchens die Justiz auf. „Schlome“, begann sie, „wir haben uns über Euch zu beschweren!“

Der Jude sah sie an und schüttelte langsam den Kopf. „And darum“, entgegnete er, den Mißmut eines Getrunknen zur Schau stellend, „habt ihr mich kommen lassen? — Das denn' ich ein Geschäft!“

„Haben wir etwa kein Recht dazu?“ fragte das Mädchen. — „Ihr preist mir einen Mann an, der nicht bloß ein ganz leichtsinniger Mensch ist, sondern auch schon so gut wie gar kein Vermögen mehr gehabt hat! Ist das ehelich? — Wo hätte die Weilerbäuerin die Taufende von Gulden herbringen sollen, die Ihr uns versprochen habt?“

Der Jude, von der Anschuldigung getroffen, drehte sich hin und her wie ein Bär im Käfig, und seine Blicke erhellten etwas Drohendes. „Wecken Sie mir die Wut nicht auf, Junger Sophie!“ rief er. „Ich bin außer mir, wenn ich nur dran denk! — Die Weilerbäuerin hat mich schändlich betrogen! — Niederträchtig, sag' ich Ihnen!“

Er ging auf und ab, seine Züge drückten die tiefste Enttäuschung aus.

Das Mädchen und ihr Vater sahen verwundert aber ruhig auf ihn. „Wollt Ihr damit sagen,“ fragte der Rothenbauer, der auf den Gedanken seiner Tochter einging, „daß Ihr den Stand des Vermögens garnicht gekannt habt?“

„Soll ich verplagen auf der Stell,“ rief der Jude,

„wenn ich's gewußt hab! Garnichts hab' ich gewußt! Ich bin so unschuldig bei der Geschichte gewesen wie ein neugeborenes Kind!“

„Nehmt mir's nicht übel, Schlome,“ sagte hierauf das Mädchen, „das ist aber schwer zu glauben! — Ein Hofjud'!“

„Ein lauberer Hofjud' bin ich gewesen!“ entgegnete Schlome. „Ein Giel bin ich gewesen — der größt' im ganzen Königreich! — Ich hab' m'r mißbrauchen lassen von einer verlogenen Bäuerin! So lang' ich leb', verzeih' ich mir die Dummheit nicht!“

Sophie schüttelte den Kopf. „Wo habt Ihr Eure Augen gehabt, Schlome?“ rief sie.

Der Jude warf sein Haupt rechts und links und erwiderte: „Wo man seine Augen hat, wenn man einer festen Person was glaubt und will ihr in guter Absicht einen Gefallen tun. — Nun ja, ich hab' gewußt, daß sie das Gut nicht mehr ganz und gar frei haben. Aber, großer Gott, auf dem Weilerbayerhof kann man ein paar tauend Gulden Schulden haben und doch noch reich sein! Daß sie Schulden machen hinter meinem Rücken, — diese Unverschämtheit hätt' ich ihnen nicht zugetraut! — Gut! Sie sind gestraft davor!“

„Lassen wir die Sach' jezt“, entgegnete das Mädchen. „Wir haben Euch kommen lassen, Schlome, um uns an Euch zu rächen — ehrlich! — Wir wollen feurige Kohlen auf Euer Haupt sammeln!“

Die Züge des Juden erhellten sich; aber zugleich ging ein Schein von Satire darin auf. „Ihr macht mich neugierig!“ rief er. „Daß sich ein Christ christlich an mir rächt, ist mir noch nicht passiert, solang' ich ein Jud' bin. Bei meinem Schome, da erfahrt' ich was ganz Neues! — Nun?“ setzte er mit glühendem Gesicht schmunzelnd hinzu, „was haben Sie vor?“

„Ihr sollt mir einen Mann schaffen“, erwiderte Sophie. Der Jude fuhr zurück. „Ernst oder Spaß?“ rief er. „Mein voller Ernst“, entgegnete sie. — „Es ist Zeit,“ fügte sie mit einem Lächeln hinzu, „daß ich Ernst mach!“

„S ist so, Schlome,“ bekräftigte der Rothenbauer mit dem würdevollen Ausdruck der Wahrheit.

Das Gesicht des Juden erhellte hierauf eine Verwandlung, die für jeden Zuschauer interessant gewesen wäre. Feierlichkeit sprach aus ihm und zugleich eine Ehrung, die seinem Blick einen feuchten Funkeleinschlag gab. Der Vorzeil und die Ehre, die ihm in Aussicht gestellt wurden, und die Freude darüber wirkten immer stärker. Er schmunzelte süß und glühte in so wonniger Räte, als ob er selbst der Erwählte wäre! „Einen

Man soll ich Euch schaffen?“ rief er zärtlich. „Nu, das wird so schwer nicht halten! — Wenn's just kein Fürst sein muß und kein Graf — wenn's ein bloßer gnädiger Herr tut, den getraut' ich mir zu kriegen für Euch!“

Der Bauer und Sophie lachten. „So hoch gehen wir nicht hinauf!“ rief diese. „Im Gegenteil — wir gehen herunter!“

Der Jude sah sie zweifelnd, mit höflichem Vorwurf an. „Sie gehen herunter?“ wiederholte er, als ob er das nicht glauben könnte.

„Nur,“ fuhr das Mädchen fort, „ich hab' schon einen im Kopf!“

„Ah!“ rief Schlome. „Dann wird das Geschäft einfach! — Nun“, setzte er mit schmeichelndem Lächeln hinzu, „und wie heißt der glücklichste Mensch im ganzen Ries?“

„S ist ein bekannter Name“, erwiderte das Mädchen. — „Gottfried Stöckle!“

„Gott der Gerechte“, rief der Jude zurückfahrend. — Er sah die beiden Besucher, — sah, daß es kein Scherz war, und sagte sich im Moment. Seine Miene klärte sich auf, er nickte mit würdevollem Ernst und sagte: „Ich hab' Sie immer für geschick gehalten, Junger Sophie, und für brav; aber daß Sie so brav und so geschick sind, das hätt' ich nicht geglaubt! — Und der Rothenbauer? — Gebt mir Eure Hand, Rothenbauer! Gebt mir Eure Hand!“

Er ergriff die schwielige Rechte des Alten und schüttelte sie kräftig. „Soll man sagen,“ fuhr er mit einem Ton der Rührung fort, „daß es nicht edle Menschen gibt unter den Bauern im Ries! — Die Reichste und Vornehmste — worauf sieht sie? Worauf sieht der Vater des einzigen Kindes? Auf Schönheit und Vornehmheit? Nein, auf Rechtschaffenheit und auf Tugend! — Junger Sophie,“ setzte er hinzu, „geben Sie mir Ihre Hand! — Er schüttelte sie. — „Sie haben sich christlich gerächt an mir, so wahr ich ein Jud' bin! — Und der Gottfried,“ fuhr er lächelnd fort, „weiß es nicht, daß man an ihn denkt? Und ich soll's ihm sagen? — Das nenn' ich eine Kommission!“

„Sie ist nicht so leicht, als Ihr glaubt,“ versetzte das Mädchen. „Ihr müßt's fein anfangen und vorsichtig. Er hat nicht um mich angehalten, — wenn er mich nicht möcht.“

„O, oi, oi, oi!“ rief der Jude mit den wunderbarsten Grimassen. „Gott soll hüten! — Was anderes ist zu fürchten, Junger Sophie, was anderes! Wissen Sie was? Daß ihn der Schlag nicht trifft vor Freud! Da muß ich's

von 1905 wurde in der Weise umgestaltet, daß der Großgrundbesitz allein die absolute Mehrheit und zusammen mit der Geistlichkeit und der Großbourgeoisie fast drei Viertel aller Mandate besaß, während die Vertretung der Bauernschaft, die die auf sie gesetzten reaktionären Erwartungen nicht gerechtfertigt hatte, im Verein mit den Arbeiterabgeordneten auf ein Drittel ihrer früheren Stärke herabgesetzt wurde. Nach dem neuen Gesetz entfällt nach den Berechnungen von P. Dr. Nowski je ein Wahlmann auf:

230 Personen in der Kurie der Großgrundbesitzer	1 000	"	"	ersten städtischen Kurie (der Großbourgeoisie)
15 600	"	"	"	zweiten städtischen Kurie (der Kleinbourgeoisie)
60 000	"	"	"	Bauernkurie
125 000	"	"	"	Arbeiterkurie.

d. h. ein Großgrundbesitzer besitzt dasselbe Wahlrecht wie 68 städtische Bürger oder 251 Bauern oder 544 Arbeiter! Hierzu kommt noch ein ganz raffiniertes System von zwei- und mehrstufigen Wahlen, das die Junker und die Pfaffen zu unbeschränkten Herren über das Wahlgeschick macht. Krasser noch das Streben nicht zum Ausdruck gelangen, den Großgrundbesitz und mit ihm die Großbourgeoisie zu den unbeschränkten Herren im Parlament zu machen und die Vertreter der arbeitenden Klassen zu einer bedeutungslosen Gruppe zu degradieren.

Die Tätigkeit der auf diese Weise zusammengewinkelten „Volksvertretung“ entsprach vollkommen den auf sie gesetzten Hoffnungen. Sie zeigte sich in allen Dingen als das gehorliche Werkzeug Stolypins, dessen Name untrennbar mit dieser Epoche verknüpft ist. Als Repräsentant des Junkertums trat dieser „russische Bismarck“ brutal und rücksichtslos für die Interessen seines Standes in die Schranken; mit dem Instinkt des Barbaren witterte er das reale Kräfteverhältnis der Gesellschaftsklassen, die Schwäche und die Feigheit des liberalen Bürgertums, den Eigentumsfanatismus der Großbourgeoisie, den nationalen Chauvinismus des Kleinbürgertums. Während er die Meute seiner Polizeihulken auf die sozialistischen Parteien losließ, die Gefängnisse mit Zehntausenden von politischen Gefangenen füllte und 4000 Galgen errichtete, zerkümmerte er mit eiserner Faust die Organisationen der Arbeiter und trieb mittels seiner raffinierten Agrargesetzgebung, die die Landgemeinde vernichtete und die Großbourgeoisie und den Adel bereicherte, einen tiefen Keil in die Bauernschaft hinein. Für die liberale Bourgeoisie hatte er nur noch Schritte übrig, doch auch diese genügte, um der schwachbrüstigen „Opposition S. Majestät“ das Lebenslicht auszulöschen. Endlich erkor er als das vereinigende „schöpferische“ Prinzip seiner Politik den „nationalen Kurs“, das heißt die Unterdrückung der Grenzmarken und der „Fremdstämmigen“, die Hege gegen Finnland und Polen, die mit der Befestigung des großrussischen Chauvinismus und einer nie schlafenden Propagandation Hand in Hand ging. Bei allen diesen Maßnahmen fand er in der dritten Duma ein williges Werkzeug — und zeigte sie sich wie und da starrsch, so brachte er ihr mit Fußstapfen „Staatsraison“ bei.

Lange aber konnte dieses System nicht aufrecht erhalten werden. Die Furcht vor der „Anarchie“, die von der Regierung großgezüchtet wurde, verschwand ungeachtet aller gegenteiligen Bemühungen der großen und kleinen News; die Gegenläufe im Regierungsblok vertieften sich; die inneren und äußeren Schwierigkeiten ließen sich mittels der Polizeirepression und der chauvinistischen Nationalitätenhege nicht aus der Welt schaffen. Das System des Staatsstreichs krachte in allen Fugen, und als sein Vollstrecker und Repräsentant am 14. September v. J. von der Kugel Bogrows zu Boden gestreckt wurde, war er eigentlich politisch schon ein toter Mann.

Sein Nachfolger Kokozejew wandelte weiter in seinen Spuren, nur mit dem Unterschied, daß er die nach Rußland gewendete Seite des Januskopfes, den Stolypin allein verkörperte, dem Polizeibureaukraten Waka-

roff überließ, und selbst die Funktion übernahm, die blutbesudelte Fassade des auf schwankendem Grunde errichteten Regierungsgedäudes mittels schöner Reden reinzuwaschen. Inzwischen aber hatte der historische Kreislauf, der 1907 abgeschlossen schien, erneut eingeleitet. Die Studentenunruhen im Winter 1910/11 waren die Vorboten eines neuen Kristallisationsprozesses, der sich in den demokratischen Schichten vollzieht. In der Arbeiterklasse ist dieser Prozeß bereits klar zutage getreten. Auf dem Boden des Aufschwunges, der sich in den meisten Industriezweigen zeigt, getrieben von der heiligen Lebensmittelerzeugung, die den Reallohn tief unter das frühere Niveau herabgedrückt hat, und der infamen Praxis des Polizeistaates, der dem Arbeiter das vom Unternehmer frei genutzte Koalitionsrecht verweigert, hat die russische Arbeiterklasse in den letzten Monaten die Fesseln der jüngsten Reaktionsperiode gesprengt. Die gewaltigen Massentriets, die zuerst aus Anlaß der Arbeitermegelei an der Lena einsetzten, dann zu Maidemonstrationen übergingen und in zahlreiche wirtschaftliche Streiks ausmündeten, unterrichten in wirkungsvoller Weise die Niederlage des Systems, das mit Stolypins Regierungsterror und dem Staatsstreich einsetzte und nun in völliger Auflösung begriffen ist. Die bevorstehenden Wahlen für die dritte Duma versprechen zwar angesichts des infamen Wahlgesetzes keine sonderlichen Überraschungen; sie werden aber den Prozeß der Kristallisierung innerhalb der Demokratie beschleunigen und namentlich für die Organisationsarbeit der Sozialdemokratie neue Ausblicke eröffnen.

Die Partei, gegen die der Staatsstreich vor allem gerichtet war, und die unter den Verfolgungen der Gegenrevolution am meisten zu leiden hatte, ist nun als die erste wieder auf dem Kampfboden erschienen, getragen von den ehernen Gesetzen der wirtschaftlichen Entwicklung, deren die agrarisch-kapitalistische Reaktion ebensowenig Herr zu werden vermag, wie des Proletariats, das stets und überall als der Totengräber der bestehenden Ordnung auftritt.

**Der russische Staatsstreich und seine Opfer.**  
(Das Komplott gegen die sozialdemokratische Dumafraktion. Die letzten Stunden der zweiten Duma.)

Der Staatsstreich vom 16. Juni 1907 ist untrennbar verknüpft mit dem Schicksal der sozialdemokratischen Fraktion, die dem Anschlag der Regierung zum Opfer fiel. Nach den vorjährigen Enthüllungen, die in Rußland wie im Auslande einen Sturm des Protestes ausgelegt haben, unterliegt es nunmehr keinem Zweifel, daß die Regierung Stolypin mit Hilfe ihrer Lockspindel ein Komplott gegen die sozialdemokratische Dumafraktion einrädelte und die gefangenen Volksvertreter auf Grund gefälschter Dokumente hinter verschlossenen Türen zu Zuchthaus und Deportation verurteilen ließ. Das kürzlich veröffentlichte Szenogramm der Geheimführung der Duma vom 14. Juni 1907 zeigt im Verein mit den Vorgängen in der folgenden Sitzung, wie dieses Drama sich Schlag auf Schlag vollzog. Die schon im Mai gegen die sozialdemokratische Fraktion erhobene Anklage, sie habe eine gemeinsame Sitzung mit den Delegierten der Petersburger Militärorganisation abgehalten, war schmählich ins Wasser gefallen. Die sozialdemokratische Fraktion tat auch weiter der Regierung nicht den Gefallen, sich in „verschwörerische“ Unternehmungen einzulassen. Die Zeit drängte aber. Die Budgetkommission der Duma hatte die Prüfung des Budgets beendet und schien in ihrer Mehrheit nicht abgeneigt, den ganzen Etat abzulehnen. Die Regierung beschloß deshalb, reinen Tisch mit der Duma zu machen. Am 14. Juni erschien Stolypin in der Duma und verlangte die Auslieferung der sozialdemokratischen Fraktion, die sich des „Hochverrats“ schuldig gemacht habe. Der linke Flügel der Duma forderte die sofortige Ablehnung der Regierungsforderung, deren politischer Charakter offensichtlich war. Das liberale Zentrum schwankte und verwies die Frage an eine Kommission. Inzwischen bestanden die liberalen Kreise auf die Fortführung der regulären „Gesetzgebungsarbeiten“, d. h. die

Erörterung der zur Verhandlung stehenden Gerichtsreform. Vergebens wiesen die Linksparteien auf die Unzulässigkeit einer derartigen Taktik hin. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Jereckli veruchte den liberalen Helden den Ernst der Situation vor Augen zu führen und sie an ihre Pflichten zu erinnern. „Am 18. Brumaire — sprach er — führte Napoleon I. Soldaten in das Parlament und sprengte, gestützt auf die Bajonette, die Volksvertretung. Wenn wir die Bajonette hier nicht sehen, so nur, weil sie hinter diesen Wänden versteckt worden sind und das Signal des Regierungsvertreter erwarten, um einzutreten und dieselbe Tat zu vollbringen, die die französischen Soldaten auf Befehl Napoleons I. vollzogen.“ Am folgenden Tage wurde dieser Kampf um die Ehre und Würde der Volksvertretung von der Sozialdemokratie und den anderen Linksparteien fortgesetzt. Jereckli verlangte, daß das Budget erörtert und die Gesetze, die auf Grund des Notparagrafen herausgegeben waren, auf die Tagesordnung gestellt wurden. Aber alle diese Forderungen, die den Zweck verfolgten, in den der Duma verbliebenen kurzen Stunden den Willen des Volkes zur Geltung zu bringen, scheiterten an dem Widerstande der von der Rechten unterstützten Kadettenpartei, die ihre Feigheit in die Loge der Loyalität und Gesetzmäßigkeit hüllte. Der letzte Ansturm der Linken galt der Forderung, eine Abendssitzung anzuberaumen, um in die Erörterung des auf der Tagesordnung stehenden Berichts der Budgetkommission einzutreten. Mit flammenden Worten wandte sich Jereckli an die bürgerlichen Parteien: „Wenn Sie, meine Herren Volksvertreter, sich der historischen Situation würdig zeigen und die historische Mission erfüllen wollen, die das Volk Ihnen auferlegt, so müssen Sie in diesem Augenblick, dem Augenblick vor dem Staatsstreich die Erörterung der wichtigsten Fragen des Volkslebens auf die Tagesordnung stellen. Sie müssen sie in dem Augenblick auf die Tagesordnung stellen, da die Regierung nach Karl Marx' unsterblichen Worten das Volk auf die Tagesordnung gestellt hat!“ Auch dieser letzte Appell an die Würde des Liberalismus verhallte ungehört. Der sozialdemokratische Renegat Peter Struve fand noch den traurigen Mut, im Namen seiner Partei dem sterbenden Löwen den letzten Eiselstreich zu versetzen. Mit 201 Stimmen gegen 157 wurde die Abendssitzung abgelehnt. Die Abgeordneten verließen das Haus, die einen in dem Bewußtsein, am nächsten Morgen das Dekret über die Auflösung zu lesen, die Sozialdemokraten — in dem Bewußtsein noch in derselben Nacht in die zarischen Kasse matten geschleppt zu werden. Die weiteren Ereignisse rechtfertigten diese Erwartungen. Die 31 Genossen, die in dieser Nacht dem Komplott der Zarenregierung zum Opfer fielen, weilen noch heute im Gefängnis und in der Verbannung. Dschaparidze und Djugeli sind im Gefängnis gestorben, Macharadse ist wahnsinnig geworden...

## Gewerkschaftsbewegung.

**St. Verbandsstag der Transportarbeiter.** Zum Statut liegen eine große Anzahl Abänderungsanträge vor. Von den gefaßten Beschlüssen seien folgende hervorgehoben: Eine Beitragserschöpfung findet nicht statt; eine Erhöhung der Unterstützungssätze und Herabsetzung der Karenzzeit tritt nicht ein, dagegen wird die Karenzzeit beim Belegen von Unterstützungen nach dem ersten Unterstützungsjahre von 52 auf 60 Wochen erhöht. Die Streikunterstützung ist pro Klasse um 1 Mk. wöchentlich erhöht worden. Der Gaubetrag wurde von 5 auf 10 Pfg. pro Quartal und Mitglied erhöht. Ein Antrag, eine 10prozentige Gehaltsaufbesserung für alle Angestellten zu gewähren, wurde angenommen. Die Neuwahlen der Verbandsleitung ergaben die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder; zum Vorsitzenden des Verbands-Ausschusses wurde L u d e c k e -Magdeburg wieder und zum Vorsitzenden der Revisionskommissionen B l e c k -Berlin neugewählt, nachdem der bisherige Inhaber dieses Postens eine Wiederwahl abgelehnt hatte. Der nächste Verbandsstag findet in K ö l n statt. Nachdem noch die Wahlen der Delegierten zum internationalen Transportarbeiter-Kon-

unter sein antaugen! — Nun, es ist ein Geschäft für mich! Und ich steu' mich drauf! — Wenn ich keinen Heller dafür bekomme, ist das — mit dem größten Vergnügen von der Welt!

„Oh!“ rief der Bauer. „Das muß einen Kuppelpfeil tragen, Schlome! Und was für einen!“

Der Jude, mit aufgezogenen Stirnen, wies zwei Reihen schimmernder Zähne und sprach das reinste Vergnügen. „Da hab' ich wieder den Kohlenbauer!“ rief er. „Das läßt er sich nicht gefallen! — Gut! gut, gut! — Ich neh' mir was an von Euch, wenn Ihr's durchaus nicht anders tut! — Aber wie ich's mach'! Fragt mich nicht! Ich mach's! — Ja“, fuhr er nach einer kleinen Pause fort, „recht hab' ich's gemacht, Ihr braven Leute, und alle Geschehen werden auch leben! Ich kenn den Gottfried — es ist der moderne Mensch in der ganzen Gegend! Und was hat er vor einen Geist? Wie hat er sich genommen gegen den Schorsch? Ich bin noch dazu gekommen an der Kirchweih beim Semmerwirt — das Ende des Semms hab' ich noch mit angesehen! Es ist gar nicht wohl dabei gewesen, kann ich sagen — ich bin weiß Gott ganz verblüfft gewesen! Aber jetzt halt' ich's für ein großes Glück! Hat er nicht ausgelesen, wie ich mir den Semmpart vorstell', wenn er eine Schlacht gewonnen hat! Meiner Lebtig haur' ich nicht geglaubt, daß das in dem Menschen fest!“

„Ja, ja“, sagte der Bauer, dem dieses Lob in der Seele wohlthat, „ein Mannsbild ist er schon! — Und wenn er auch nicht alles hat —“

„Was fehlt ihm?“ rief der Jude; und als er den Kohlenbauer mit einem gewissen Ausdruck lächeln sah, fuhr er mit großer Geringschätzung fort: „Geld! — Geld! — Pfui, Kohlenbauer!“

„Nun, Schlome“, verzogte der Bauer erheitert, das Gesicht zu dem nicht so ganz zu verachten!“

„Ich veracht' auch nicht“, entgegnete Schlome; „Gott soll mich dafür bewahren, das Geld zu verachten! — Aber alles hat seine Zeit in der Welt, und wenn man von der Jugend lernt, muß man an Geld gar nicht denken!“

Bater und Lohrer lächelten. Der Jude fuhr fort: „Der Gottfried hat ein schönes Gutchen — man kann's ein Gut nennen, es ist groß genug dazu. Wenn ich's ihm verkauft — wenn er mich das Geschäft machen läßt, hat' ich ihm ein schön Stück Geld in die Tasche! Aber wenn er gar nichts hat! Braucht einer in dem Kohlenbau noch Geld heranzubringen? Ist ja schon so viel da, das a' Ernst ist!“

Sophie lächelte und nickte bedeutungsvoll. „So habt Ihr eben beim Schorsch auch gedacht!“ rief sie.

„Geh, geh“, entgegnete der Jude abwehrend, ohne verhindern zu können, daß ein gewisser Schelmehumor durchdrang.

Das Mädchen trat näher an ihn heran und sagte zurendend: „Schlome! Seht mir in's Gesicht! Habt Ihr gar nichts gewußt, wie's gestanden hat mit der Weilerbäuerin? Habt Ihr nicht einmal eine Ahnung gehabt?“

Der Jude war in einer Stimmung, wo die Miene mehr geist als der Mund. Er rief: „Gewußt? Gewußt hab' ich gar nichts! — Wenn ich mir zuweilen auch so meine Gedanken gemacht hab' — Gedanken beweisen nichts!“

Das Mädchen sah ihn mit einer Miene an, als wollte sie sagen: „O du großer Epigone!“ — Dann, mit dem Ausdruck eines würdigen Erstes, bemerkte sie: „Es ist besser gegangen, als wir's alle gemeint und verdient haben! Ich will mich selber gar nicht ausnehmen! — Geh' nur hin, Schlome, und kommt mit der Nachricht wieder, daß der Gottfried mir gehört, — es soll Euer Schade nicht sein!“

## VI.

Es war ein rauher Novembertag. Der Morgentau war ein Schneesturm gefolgt, der Wind sauste von Nordwest her, die weiße Decke breitete sich immer vollständiger und dichter über die Landschaft.

Man pflegt von so einem Wetter zu sagen, daß man bei ihm keinen Hund hinausjagen sollte, und in der Tat fanden nicht nur die Menschen, sondern auch die Hunde für gut, sich in Häusern und Gärten zu bergen.

Um so behaglicher war es in einer Stube, in die wir den Leser jetzt führen müssen. Der eiserne Ofen strömte Licht aus, und durch den geschirmten Raum ging ordentlich ein Gewoge von warmer Luft. Zu dem entfernten Pfeifen des Windes kimmte ein Schwarzwäldchen, das in einem Vogelhaus am Fenster hing, die leisen Traumtöne an, ein Spinnrad schnurrte begleitend, und hier und da erschollen dazu die Schläge eines Hammers.

Die Spinnerin war die Mutter Etöcke. Der Führer des Hammers, welcher Nägel in das Leder eines Drechselrads treiben sollte, unser Freund Gottfried.

Wenn man die beiden Leute genauer betrachtete, sah man, daß sie nicht das Gefühl des Behagens hatten, wozu das Holz anforderte. Beide schwiegen. Jedes schen keine Gedanken für sich zu haben, und der Ergebung in

ihnen äußerlichen ruhigen Zügen war eine stille Trauer beigemischt.

Nach einer Weile ließ der Burck die Hände ruhen und sah durch das Fenster, vor dem er saß, in das Meer von Flocken hinaus, die kraus hin und her und zu Boden wirbelten.

Die Mutter stand auf. Sie ging vom Spinnrad zum Ofen, um nach einem Gebäck zu sehen, das im oberen Rohr braun werden sollte. Nachdem sie's umgedreht und wieder hineingeschoben hatte, trat sie zu dem Sohn, legte die Hand auf seine Schulter und sagte mit dem Ton der Liebe und des Bedauerns: „Guter Bub, du machst dir Gedanken! — Aber das hilft nichts! — Du sollst dir's aus dem Sinn schlagen.“

Gottfried war betroffen und schwieg. Dann sagte er: „Von was redst du denn eigentlich? — Ich versteh' dich nicht.“

„Du verstehst mich recht gut“, entgegnete die Mutter mit dem sanften Ton der Überlegenheit. Sie hielt ein wenig inne, dann fuhr sie fort: „Sieh, wenn ich's machen könnt', ich weiß nicht, was ich dafür gäb'. Aber ich kann's nicht! — Ich hab' die törichte Hoffnung auch eine Zeitlang gehabt, aber ich hab' sie aufgegeben — und du mußt's auch, mein lieber Bub.“

Der Sohn drehte sich auf seinem Sitz und rief mit unmutiger Bitte: „Laß mich gehen!“

Die Mutter nickte begreifend. „Das hab' ich lange genug getan!“ erwiderte sie; „aber jetzt muß ich wieder reden! — Sich mit Dingen herumtragen, wo doch nichts daraus werden kann, das schickt sich nicht für einen Menschen, wie du bist!“

Der Sohn schwieg. Jene fuhr fort: „Was man gern hat, das glaubt man, könnt' auch auf irgend eine Weis' einmal eintreffen. Man macht sich die nützlichsten Gedanken, und ich selber hab' mir Sachen eingebildet, daß ich mich jetzt ordentlich schäm'! — Geben wir's auf! — An uns denkt kein Mensch mehr!“

Jener nickte mechanisch.

„Ich weiß, daß du schon länger meiner Meinung bist“, fuhr die Alte fort. „Dein guter Mensch hat dich auf einmal verlassen, — die ganze letzte Zeit her hab' ich kein vernünftiges Gesicht mehr an dir gesehen! — Natürlich“, setzte sie nach kurzem Schweigen hinzu, „wenn etwas häß' ge'sehen sollen, dann muß's in der Zeit geschehen!“

(Fortsetzung folgt.)

gleich und zum Gewerkschafts-Kongress erfolgt waren, fand der Verhandlungsstag sein Ende mit einem kräftigen Schlusswort des Vorsitzenden. Die Delegierten sangen stehend den ersten Vers der Arbeitermarktschiffe.

**Lohnbewegungen der Steinzeiger.** In Osterode am Harz wurde ein Tarif abgeschlossen, der den Steinzeigern 2 Pf. Lohnzulage pro Stunde und eine kleine Verkürzung der Arbeitszeit bringt. Ein Bezirksrat, der 28 Städte und Ortschaften umfasst, kam für das Erzgebirge zum Abschluss. Als Hauptort dieses Tarifbezirks kommen die Städte Annaberg und Aue in Betracht. Der Tarif sieht eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden vom 1. April 1914 vor, außerdem wird innerhalb 3 Jahren der Stundenlohn um 8 Pfg. erhöht; weiter wird die sehr häufig vorkommende Überlandarbeit besser bezahlt. Für Bramstedt (Hollstein) kam ein Tarif auf zwei Jahre zum Abschluss mit 5 Pfg. Lohnzulage, desgleichen in Oldenburg, wo 2 Pf. Lohnzulage erzielt wurde. In den Unterweiser-Orten Lehe, Bremerhaven und Geestemünde haben die Unternehmer, die dem Diktum des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe unterstehen, nicht nur seit Jahren den Abschluss eines Tarifes abgelehnt, sondern auch jedwede Unterhandlungen mit den Organisationen der Arbeiter. Doch schließlich bequamen sie sich doch zu Verhandlungen, die zu dem Resultat führten, daß 2 Pf. Lohnzulage pro Stunde erzielt wurden. In Bildesheim kam es zu einem Streik wegen Maßregelung einiger Verbandsmitglieder, der nach kurzer Zeit erfolgreich für die Arbeiter beendet werden konnte. Die Firma Gebr. Jähne in Schönebeck a. S. deren Inhaber vor kurzem eifrige Verbandsmitglieder waren — weigert sich, den Bezirksrat anzuerkennen, weil angeblich alle die früheren Kollegen dieser neugeborenen Unternehmer nichts tauge. In Frankfurt a. M. haben zur Beilegung des Streiks kürzlich wieder Verhandlungen stattgefunden, und zwar unter Leitung des Vorsitzenden des Tierbauamtes. Sie brachten in bezug auf die Forderungen der Pfälzer einen Fortschritt. Dagegen weigerten sich die Unternehmer konsequent, den Hilfsarbeiten, die gerade hier zum Teil außerordentlich gering entlohnt werden, auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen. Die Arbeiter ruhen noch immer fast vollständig, da den Unternehmern nur fünf „Christliche“ und einige alte Leute zur Verfügung stehen, auf deren Beteiligung am Streik von vorabherin verzichtet wurde. In München drohen Differenzen auszubrechen, weil sich die Unternehmer weigern, die Münchener Gehilfen bei einer bestimmten Arbeit (Klempnerarbeiten) einzustellen, wenn sie sich dafür nicht einen 15prozentigen Lohnabzug gefallen lassen. Den zahlreichen fremden dabei beschäftigten Gehilfen haben sie bisher den höheren Lohnsatz gewährt. Es handelt sich für die Münchener Unternehmer darum, die Konkurrenz zweier fremder Firmen auszuschalten; die Kosten dieses Kampfes sollen aber die Arbeiter tragen.

**Die Kohlenarbeiter, Kranführer und sonstigen Wertstättenarbeiter der Straßburger Kohlenbetriebe** haben am 24. Mai er. an die Unternehmer Forderungen gestellt. Die Löhne, die dort gezahlt werden, spotten jeder Beschreibung. Bei den Kohlenmagazinen Stinnes (Werkstoffbetriebe) werden Löhne von 17—20 Mk. pro Woche an verheiratete langjährig im Betriebe beschäftigte Arbeiter, bei Raab und Racher Löhne von 13—19,50 Mk., bei den Firmen Wapp-Moeder, Balby, Jung, Dreier solche von 14—19 Mk. pro Woche bezahlt. Kranführer erhalten Stundenlöhne von 45—48 Pfg. Daß mit solchen Löhnen eine Familie nicht auskommen kann und unter den denkbar schlechtesten Verhältnissen leben muß, kann sich jeder vorstellen. Die Unternehmer wurden gebeten, bis zum 30. Mai eine Antwort auf die eingereichten Forderungen zu geben. Eine Antwort ließ nicht ein. Daraufhin wurde beschloffen, das Bürgermeistertum der Stadt Straßburg als Vermittlung anzurufen. Es jagte die Übernahme der Vermittlung zu. Dem Bürgermeistertum erging es aber ebenso, wie den Arbeitern; von sieben Unternehmern antworteten zwei, und diese auch noch ablehnend resp. ausweichend. Alle gangbaren Wege wurden versucht, um die Angelegenheit auf friedlichen Wege zu regeln; aber die Unternehmer waren unzugänglich. Der jetzt entbrannte Kampf der Straßburger Kohlenarbeiter, Kranführer usw. geht um das tägliche Brot für sich und ihre Familien. Kein Arbeiter, der es mit sich und seinen Arbeitskollegen ehrlich meint, darf daher den kämpfenden Arbeitern in den Rücken fallen. Der Zuzug ist streng fernzuhalten!

**Der Schiffsmaschinenstreik in Norwegen.** Die norwegische Regierung legt mit jedem Tage mehr Routenschiffe ein. Auf allen diesen Schiffen hat die Regierung eine große Menge Schießwaffen und Munition einladen lassen. Man fürchtet, daß unter den Marinesoldaten, die zum Streikbruch gezwungen werden, eine Meuterei ausbrechen werde. Der Postverkehr soll eben aufrecht erhalten werden, indem man den Soldaten die Pistole auf die Brust legt. — Eine Reihe Reedereien haben die Forderungen der Maschinenisten erfüllt, und deren Schiffe sind bereits wieder in Fahrt gesetzt. In Frederikstad, Tromsø und Hammerfest liegt der gesamte Verkehr völlig still. Auch in Bergen hat der Streik die Stilllegung der meisten Routen bewirkt, besonders die der nach dem Ausland, nach Hamburg und Amsterdam. In Bergen liegen viele Touristen, die auf Beförderung nach dem Norden warten. — Zur Aufrechterhaltung des Postverkehrs im Fjord bei Trondheim hat die Post zwei Schiffe gemietet und Ingenieure als Maschinenisten angestellt. Daraufhin verweigerten die Heizer die Arbeit und in der ganzen Stadt und Umgegend fand kein einziger Streikbrecher. — Unter den obwaltenden Umständen haben sich die Heizer genötigt gesehen, den Vorschlag der Regierung, Verhandlungen mit den Maschinenisten zu führen, angenommen, welche unter dem Vorbehalt eines von der Regierung zu ernennenden Vermittlers geleitet werden.

## Aus der Partei.

**Zum Sekretär der Stettiner Parteio rganisation** wurde Genosse Lemenzow-Spöhe gewählt. Der Parteiverein zählt jetzt über 2200 Mitglieder und hat noch ein großes Agitationsfeld zu bearbeiten, soll der Wahlkreis der Partei dauernd erhalten bleiben. Die Anstellung eines Parteibeamten war deshalb notwendig geworden.

**Gemeindevahltag.** In Neustadt bei Koburg sind bei den Stadtverordnetenwahlen von acht erledigten Mandaten fünf von unseren Genossen errungen worden. Das Stadtverordnetenkollegium besteht nun aus sechs sozialdemokratischen und sechs bürgerlichen Vertretern.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Der Landrat wegen Beleidigung verurteilt.** Von der Anklage der Beleidigung des Chefredakteurs des „Berliner Tageblatts“, Th. Wolff, war der Reichstagsabgeordnete für Rottenburg-Hopferwerda, Landrat Dr. Hegenfeldt, vom Schöffengericht in Görlitz freigesprochen worden. Der Landrat hatte im Wahlkampf ein Flugblatt herausgegeben, in dem von der „fattigsten bekannten vaterlandlosen Gesinnung des Berliner Tageblatts“ die Rede war. Gegen das freisprechende Urteil des Schöffengerichts, in dem dem Landrat der Beleidigung Berufung eingelegt. Auch die Strafkammer des Landgerichts Görlitz billigte dem Angeklagten den Schuldspruch des § 193 zu, verurteilte aber den Landrat Dr. Hegenfeldt wegen grober förmlicher Beleidigung zu 300 Mark Geldstrafe.

**Verdiente Strafe.** Das Schwurgericht in Beuthen verurteilte heute den Schlepper Koryciarz aus Groß-Dombrowa (Kr. Beuthen) wegen Vergehens wider das Sprengstoffgesetz, wissentlich falscher Anschuldigung, Freiheitsberaubung und Urkundenfälschung zu fünfzehn Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Koryciarz hatte seinerzeit den Hausbesitzer Kozot verdächtigt, als Mitglied einer in Krakau auflässigen geheimen Gesellschaft am 26. November 1910 einen Bombenanschlag auf den Hofzug des zur Enthüllung des Denkmals Friedrichs des Großen nach Beuthen fahrenden Kaisers geplant zu haben. Im Laufe der Untersuchung stellte sich jedoch heraus, daß Koryciarz wider besseres Wissen angezeigt und die bei Kozot vorgefundenen Bomben und belastenden Korrespondenzen selbst in das Gehöft von Kozot eingeschmuggelt hatte. Er wurde nun auch beschuldigt, die Bombe selbst auf das Geleise des Hofzuges gelegt zu haben. Während des ganzen Prozesses war die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

**Material zum Zuchthausgesetz.** In der letzten Gewerbegerichtssitzung in Görlitz standen eine Reihe Klagen von Kammarekenten gegen die bestreite Waggonfabrik zur Verhandlung. Die als „Kauszeiger“ engagierten Leute hatten dem Betrieb wieder den Rücken gekehrt und klagten auf Auszahlung der ihnen zugesagten, aber einbehaltenen „Streikzulage“, die für jeden Tag eine Mark betragen sollte. Einer dieser „Kammarekenten“ führte an, daß er von Streikposten verfolgt worden sei und aus Angst vor ihnen in einem Hotel übernachtet habe. Das erwies sich vor dem Gewerbegericht als Schwindel, und der ebenfalls in der Waggonfabrik untergebrachte Agent Kammarek, der Kolonnenführer und ehemalige Schuhmann Gründe erklärte, die Kammarekenten von einer Bedrohung der Kammarekente durch Streikende als Lüge, und daß die Streikenden noch keinem von der Kammarekente etwas zuleide getan hätten. — Der Kammarekente agent als Kronzeuge für die Streikenden! Ein Beitrag zu der von der Görlitzer Handelskammer mit Eifer betriebenen Materialsammlung für ein Ausnahmengesetz gegen Streikende!

**Der Eid eines Gendarmen.** Dem Gendarmen Niemeyer aus Freisenbruch im Kreise Bochum war von seinem Bochumer Parteiblatt der Vorwurf des Faltschneides und der Schikane gemacht worden, weil er in einer Gerichtsverhandlung gegen den Wirt unseres Verkehrslokales beschworen hatte, das Dienstmädchen deselben nicht gesehen zu haben, obwohl sechs Zeugen bezeugten, daß er sogar mit ihm gesprochen habe. In drei Terminen stritt er das ab, ebenso auch, daß er den Wirt besonders scharf beobachtet, um ihm Strafmandate aufzuhäufen. Das sei reiner Zufall. Der Tatbestand ist kurz folgender: Durch Erlaß des Regierungspräsidenten ist den Wirten untersagt, an schulpflichtige Kinder Branntwein abzugeben. Leider können sich die Eltern, namentlich in den ländlichen Gegenden nicht dazu entschließen, Kinder nicht mehr zu schicken. Für manche Beamte ist nun diese Unsitte eine Fundgrube für Strafanzeigen, sodas in weiten Schichten der Bevölkerung ohne weiteres schändliches Vergehen angenommen wird. Im vorliegenden Falle hat nun der Wirt, wie auch sonst immer, sich dadurch zu schützen versucht, daß er die Kinder nicht allein mit dem Branntwein nach Hause gehen läßt, sondern das Dienstmädchen mitschickt, die ihn zu den Beistellern bringt. Der Gendarm hat hier trotzdem Anzeige erstattet, da er das Dienstmädchen nicht gesehen haben will, sondern angab, das Kind sei allein mit dem Branntwein herausgegangen. Das beschwor er zunächst vor dem Amtsgericht in Steele, da der Wirt Einspruch gegen das Strafmandat erhoben hatte, wo er freigesprochen wurde. Infolge eingeleiteter Berufung hatte sich das Landgericht zu Essen erneut mit der Angelegenheit zu befassen. Der Gendarm hielt seine Behauptung auch hier wieder aufrecht, obwohl er drei Zeugen bereits gegen sich hatte. Auch jetzt erfolgte Freispruch, da den Aussagen des Gendarmen Glauben nicht beigemessen wurde. Nunmehr befaßte sich unser Bochumer Parteiblatt mit der Angelegenheit und forderte den Staatsanwalt zur Nachprüfung der Zeugenaussagen auf, da hier in so auffälliger Weise Eid gegen Eid stehe. Jemand müsse einen Faltschneid geleistet haben. Anzunehmen sei aber nicht, daß die Zeugen so leichtfertig gehandelt hätten, da für sie nicht das geringste Interesse vorgehandelt habe. Wegen dieses Artikels stellte nun die Staatsanwaltschaft Strafantrag nicht gegen den, der irrtümlich geschworen hatte, sondern gegen den — verantwortlichen Redakteur des „Bochumer Volksblattes“. Das Bochumer Schöffengericht kam wegen des Vorwurfs des Faltschneides zum Freispruch, da dieser hier zum drittenmale wieder nachgewiesen wurde. Trotzdem blieb auch hier der Gendarm wieder bei seinen ersten Behauptungen. Die Anklagebehörde legte Berufung ein. Vor der Strafkammer sagten nunmehr sechs Zeugen aus, daß der Gendarm mit dem Mädchen gesprochen habe. Es wurde sogar der Wortlaut festgestellt — der Gendarm blieb dabei, nicht mit dem Mädchen gesprochen zu haben. Dabei war das Gespräch eine dienstliche Handlung. Er hatte sie gefragt, ob sie immer mit den Kindern gehe, wenn diese Branntwein holen, aber in seinem Eifer nicht die Antwort abgemartet, sondern dem Mädchen sofort erklärt, sie belüge ihn ja doch. Das Gericht kam unbegreiflicherweise zu einer Verurteilung zu 150 Mk. Geldstrafe und Publikationsbefugnis. Es schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts an, daß wohl eine irrtümliche Aussage des Gendarmen, aber kein strafbarer Faltschneid vorliege. Auch Schikane sei nicht erwiesen! — Jeder Kommentar hierzu würde nur die Wirkung abschwächen.

**Mißwirtschaft in einer Kasseisen-Genossenschaft.** Vor der Düsseldorf Strafkammer hatte sich der frühere Restaurateur und ehemalige Stadtverordnete erster Klasse, Wilhelm Rik aus Ratingen zu verantworten. Rik, eine starke Stütze des Zentrums, gründete im Jahre 1902 mit 12 anderen Personen, Landwirten, Gastwirten, Gewerbetreibenden usw., eine Kasseisenschon Spar- und Darlehnskasse. Die Kassegeschäfte wurden Rik gegen eine jährliche Entschädigung von 200 Mk. übertragen. Von den 12 Mitgliedern waren 8 Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, und kontrollierten sich gegenseitig. Rik war von der Genossenschaft ein Personalkredit von 2500 Mk. eingeräumt worden, der aber im Oktober 1910 die Höhe von 15 000 Mk. erreicht hatte. Ein halbes Jahr später wurde bei der Revision ein Defizit von rund 81 000 Mk. festgestellt, worauf Rik in Konkurs geriet und die Kasse geschlossen werden mußte. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß man dem Rik grenzenloses Vertrauen entgegengebracht, und daß sich die übrigen Genossenschaftler wenig oder garnicht um die Geschäftsführung und Kontrolle gekümmert hatten. Rik wurde vorgeworfen, daß er über seine Verhältnisse gelebt und auf Kennplätzen gespielt hätte. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis, das Gericht erkannte auf

5 Monate Gefängnis, wobei es nicht Unterschlagung sondern Untreue als vorliegend erachtete und die heillose Mißwirtschaft des Vorstandes und dessen fehlende Kontrolle als strafmildernd in Betracht zog.

## Aus Nah und Fern.

**Über die Zahl der deutschen Zeitungen im Auslande** macht die Volkstribüne interessante Angaben. Die Mitteilungen des Weltpostvereins über diesen Punkt sind allerdings unvollständige, da in ihnen nur die Zeitungen angegeben sind, die bei der Post eines ausländischen Landes im Abonnement bestellt sind, nicht aber die, die in Kreuzband verfaßt werden. In einer Reihe von Ländern existiert aber das Zeitungsabonnement nicht. Die Zahl der abonnierten deutschen Zeitungen im Auslande betrug im Jahre 1908: 41 Millionen oder 1 1/2 Millionen mehr als im Vorjahre. Davon entfielen 11 Millionen auf Österreich, 8 1/2 Millionen auf die Schweiz, 6 1/2 Millionen auf das europäische Rußland, 3 auf Belgien, 2 1/2 auf die Niederlande, 1,6 auf Italien, 1,7 auf Dänemark, 1,1 auf Schweden und über 1 Million auf Ungarn. Die Vereinigten Staaten verzeichneten bloß 165 000 deutsche durch die Post abonnierte Zeitungen, was aber darauf zurückzuführen ist, daß die meisten Zeitungen dorthin per Kreuzband gehen. Nach den deutschen in Afrika liegenden Schutzgebieten wurden 978 000, nach den in Australien liegenden 113 000 und nach Kiautschou 175 000 deutsche Zeitungen im Postabonnement gelandt.

**Durch Säure verbrannt.** Zwei jetzige Unfälle ereigneten sich in einer Görlinger Pergamentpapierfabrik. Beim Rangieren fuhr ein etwas scharf abgestoßener Wagen gegen einen mit Schwefelsäure gefüllten Tankwagen, der gerade in einen Kaffewagen der Fabrik entleert wurde. Die Schwefelsäure ergoß sich über zwei wertvolle Pferde, die beide am Rücken schwer verbrannt wurden und infolge der schweren Verletzungen eingegangen sind. In derselben Fabrik fiel ein wertvoller Hund, durch die entweichenden Gase betäubt, in einen großen mit Schwefelsäure gefüllten Behälter und verstarb sofort darin. Ein Buchhalter wollte ihn herausfischen, ohne sich in demselben Augenblick zu vergegenwärtigen, in welche Gefahr er sich begeben. Ihm wurden der rechte Arm und die Hüfte entsehrlich verbrannt.

**Große Unterschlagungen.** Nach Unterschlagung von 50 000 Mark in Wertpapieren ist der 15 Jahre alte Kaufmannslehrling Karl Siegel aus Stuttgart geflohen. — Über eine zweite Unterschlagungsaffäre meldet ein Telegramm aus Hanau: Freitag wurde der Direktor Schönberger der Hanauer Seifenfabrik Göth G. m. b. H. wegen Unterschlagungen in Höhe von 42 000 Mark verhaftet.

**Ein Verlehnshand im Wert von 60 000 Mark gestohlen.** In der Nacht zum Sonnabend wurde auf dem einsam gelegenen Familienschloß des Freiherrn v. Schenk bei Homberg ein schwerer Einbruchdiebstahl verübt. Die Diebe drangen durch den Park in das Schloß ein, erbrachen sämtliche Schränke und Kommoden und stahlen den wertvollen Familienschatz, darunter ein Verlehnshand im Wert von 60 000 Mark. Von den Dieben fehlt jede Spur. Frau Emilie v. Schenk, die mit ihrer Dienerschaft das Schloß allein bewohnt, hat die Diebe nicht gehört. Auf die Ermittlung der Einbrecher sind 2000 Mark Belohnung ausgesetzt worden.

**Der „bedrohte“ Herr Leutnant.** Der Leutnant Sigmund Krey von Kressenkeim ritt vor Kurzem hoch zu Ross aus der Kaserne des 1. Bayerischen Chevaulegerregiments in Nürnberg. Das Pferd scheint recht ängstlich zu sein, denn es scheute vor einem 8jährigen Knaben, der sich spielend auf der Straße tummelte und seine Mähne schwenkte. Als das Pferd scheute und einen Seitensprung machte, bekam der Knabe ebenfalls Angst und lief davon. Im Gegenlag zum Pferd und zum Knaben befand der Herr Leutnant seine Courage, er sprengte dem davonlaufenden Knaben nach, holte ihn ein und ließ klatschend seine Reitweiche auf des Knabens Haupt herabfallen. Einer der zwei Schläge, die den Jungen trafen, verursachte eine drei Zentimeter lange Wunde. Zwei Tage spürte das Kind die Schläge. Der Herr Leutnant hatte sich deshalb vor dem Nürnberger Kriegsgericht zu verantworten. Der Anklagevertreter beantragte 10 Mk. Geldstrafe wegen Körperverletzung. Das Gericht sprach den mutigen Reiteroffizier frei. Es war der Ansicht, der Leutnant hätte sich von dem Knaben bedroht fühlen können — er habe einen Angriff des Knaben abwehren wollen und zugeschlagen, um dem Angriff zuvorzukommen! Der Offizier habe sich somit in Futativnotwehr befunden, es fehle deshalb die Rechtswidrigkeit der Handlung und der Angeklagte sei freizusprechen. — Ein Leutnant zu Pferde im Kampfe mit einem 8jährigen Bubin, der ihn „bedroht“ — ist das nicht ein bezauberndes Bild?

**Surra! Alle neuen!** Ein Leser schreibt der „Frankfurter Zeitung“ aus einem bekannten steirischen Wabero: Am Anfang der Kaiser-Wilhelm-Promenade, dort, wo der Weg nach einem Cafe abzweigt, sind Tafeln zu sehen, auf denen das betreffende Lokal empfohlen wird. Um aber die Wirkung seiner Anpreisung zu verstärken und dem Publikum mit einem ganz besonderen Lockmittel aufzuwarten, hat der Inhaber folgende inhaltschwere Bekanntmachung auf die Tafeln malen lassen: Restaurant-Cafe J., Besitzer E. D., ehemalige Kegelnge Kaiser Wilhelms I. — Ob der gesinnungstüchtige Kegelnge inzwischen gelernt hat, einen guten Kaffee zu fieden, geht aus seiner Anpreisung leider nicht hervor.

**Einem schweren Raubmord** ist man in der Gegend von Kolmar auf die Spur gekommen. Ein Metzger war über Land gefahren, um Schweine einzukaufen. Zwischen Bergheim und Jähäuser fand man den kräftigen, 56 Jahre alten Mann in einem Schaufeegegraben tot im Schlamm auf. Man glaubte zuerst an einen Unfall, da der Wagen und das Pferd über ihm lagen. Jedoch wurde man durch verschiedene Fußspuren, die sich an dieser Stelle zeigten, mißtrauisch, und eine ärztliche Untersuchung ergab eine schwere, anscheinend von einem Messer herrührende Kopfwunde, außerdem fehlten bei der Leiche die Gelbbörse und verschiedene andere Wertgegenstände.

**Dreifacher Mord und dreifacher Selbstmord.** In der Sommerfrische in Rodaun bei Wien tötete der Lehrer Raschendorfer im Einverständnis mit seiner Gattin und seinem 19jährigen Sohne Franz aus erster Ehe den 14jährigen Otto, die 13jährige Anna und den 8jährigen Gustav aus zweiter Ehe, indem er sie betäubte und ihnen sodann mit Ganfall verletzten Himmelsstern einpfloß. Der Lehrer beging hierauf mit seiner Frau und seinem Sohne Franz Selbstmord. Als Motiv der Tat werden mißliche finanzielle Verhältnisse angegeben.

**Das lohnt sich wenigstens.** Der Agent der Pariser Warenbörse und ehemalige Handelsgerichtsbeisitzer Kalentin Hena ist mit Hinterlassung von Passiven in Höhe von etwa drei Millionen Franks verschwunden. Er wird dreibrieflich wegen Vertrauensbruchs und Bankrotts verfolgt.

Soeben erschien im Kommissionsverlag der Süddeutschen Volksbuchhandlung, München, Sendlingerstraße 20, ein Buch über die deutsche Arbeiterversicherung (Reichsversicherungsordnung) enthaltend Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetz, Witwen- und Waisenversicherung mit Erläuterungen von Erhard Mann, Schiedsgerichtsassistent in Landshut. In dieser vorliegenden 88 Seiten starken Broschüre zum Preise von 85 Pf. dürfte wohl alles das zusammengefaßt und erläutert sein, was auf dem umfangreichen Gebiet der deutschen Arbeiterversicherung für den Arbeiter von Wichtigkeit ist.

„Kommunale Praxis.“ Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Eine Serie volkstümlicher Romane und Erzählungen, die infolge ihres Inhalts, der guten Ausstattung und des billigen Preises allgemeine Beachtung verdienen. Während als Band I vor einiger Zeit der Roman „Gewalt“ von H. Ger zur Ausgabe gelangte, erscheint soeben der II. Band. Er bringt eine Erzählung von Ernst Breckling, deren Inhalt kurz folgender ist: Im Mittelpunkt dieser Erzählung steht ein ideal veranlagter Arzt, dessen Patienten der Arbeiterklasse angehören. Namentlich die chemische Industrie mit ihren zahlreichen Unfällen und Berufskrankheiten stellt hohe Anforderungen an seine Arbeitskraft und seinen feilschen Gleichmut. Er kommt sich schließlich vor wie Sisyphus, der sich im Ebbettenreich vergebens quält, die heiseren, dauernden Erholungsversuche zu eringen. Die kapitalistische Welt hat kein Verständnis für seine hochmoralischen Bestrebungen. Menschen sind ja so billig! Er ist nahe daran, zu verzweifeln, weil sich ihm kein Ausweg aus den seelischen Nöten bietet. Ein alter Proletarier versucht es, ihm den rettenden Weg zu zeigen, hat aber nicht eher Erfolg damit, als bis die erwachende Arbeiterbewegung und ein plötzlich ausbrechender Streik auch dem Arzt die Augen öffnen und ihm den einzig möglichen Ausweg mit harten Tatsachen demonstrieren: die Bekenntnis zum Sozialismus, dessen sieghafte Ideen ihm neuen Lebensmut und neue Lebensfreude bringen.

Der Preis des gebundenen Bandes beträgt nur 1 Mk. 30 beziehen durch alle Buchhandlungen.

Der Preis des gebundenen Bandes beträgt nur 1 Mk. 30 beziehen durch alle Buchhandlungen.

Handels- und Markt Nachrichten.

Getreidepreise. Lübeck, 15. Juni. Weizen, 128-134 Pfd. holl. — — — Mt. Roggen 120-125 Pfd., holl. 180-195 Mt., Gerste, nach Qualität 205-215 Mt. Hafer, nach Qualität, 203-208 Mt. alter — Mt., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Samburger Sternschau-Viehmarkt vom 14. Juni. Auftrieb 2189 Schweine. Markt schlank geräumt. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 70,— (— bis 56,00 Mt.) Mittelschwere Ware, von 240-260 Pfd., Tara 20 Proz., 69,— bis 70,— (55,— bis 56,00 Mt.) Mittelwäre, von 200-240 Pfd., Tara 22 Proz., 70,00 bis 71,— (54,50 bis 55,50 Mt.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 70,— bis 71,— (54,50 bis 55,50 Mt.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 63,— bis 69,— (48,— bis 51,50 Mt.) Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 64,— bis 65,00 (51,00 bis 52,00) Mt. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 60,00 bis 63,00 (47,00 bis 49,—) Mt.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt. Verleger: L. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Entwicklungsstadium der Konsumenten. Das diese Forderungen begründet sind, mögen folgende Zahlen darthun, die die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine seit dem Jahre 1903 zeigen. Während im Jahre 1903 689 Vereine zur Verbandsstatistik berücksichtigt, war ihre Zahl im Jahre 1911 auf 1175 angewachsen. Im Jahre 1903 zählten die Verbände 575 000 Mitglieder, die einen Umsatz von 176,5 Millionen Mark hatten. Im Jahre 1910 hatte sich die Mitgliederzahl bereits mehr als verdoppelt, nämlich 1,81 Million Mitglieder hatten einen Umsatz von 432,9 Millionen Mark. Das Jahr 1911 ist in der Entwicklung ebenfalls nicht zurückgeblieben; 1,3 Millionen Mitglieder brachten es auf einen Umsatz von 506 011 111 Mk. Das in den Verbänden des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1903 arbeitende eigene und fremde Kapital belief sich auf 39 Millionen Mk., 1910 war die Summe auf 128 Millionen Mk. angewachsen, im Jahre 1911 betrug das Kapital 151 580 400 Mk. Eine der Entwicklungstendenzen innerhalb des Zentralverbandes zeigt das Anwachsen der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion. Im Jahre 1903 wurden in eigener Produktion Waren im Werte von 14,7 Millionen Mk. hergestellt, 1910 war die Summe auf 66 Millionen Mk. angewachsen. Im Jahre 1911 wurden in eigenen Betrieben für 80,7 Millionen Mk. Waren hergestellt. Auch der Buchwert des Grundbesitzes ist im gleichen Zeitraum gewaltig gestiegen. 28 Millionen Mk. im Jahre 1903 stiegen 65 Millionen Mk. im Jahre 1910 und über 74 Millionen Mk. im Jahre 1911 gegenüber. Die Gesamtzahlen der Verbandsstatistik umfassen auch die Groß-einkaufsgesellschaft und die Arbeits- und sonstigen Genossenschaften. Will man die Bewegung der Konsumvereinsgruppe des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine allein erkennen, so zeigen uns folgende Zahlen die Bedeutung rein konsumgenossenschaftlicher Tätigkeit. Von 1142 dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angehörenden Genossenschaften betrugen 1134 über eine Mitgliederzahl von 1,3 Mill., deren Umsatz 355 Millionen Mk. betrug. Den Mitgliedern kommen im Jahre 1911 22 Millionen Mk. als Ertrübnung zurückgefließen. Im Jahre 1911 stieg die Zahl der Genossenschaften, die dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angehörend sind, um 28 Proz. Der allmähliche Rückgang in der Zunahme der Verbände, die 1904 noch 12,5 Proz. betrug, hat also auch im Vorjahre angehalten. Dieses allmähliche Herabgleiten der Wachstumsziffer der Mitglieder — wohlgerne handelt es sich hier um Genossenschaften, nicht um Personen — des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat seine Ursachen zunächst in dem Umstände, daß die meisten Gegenden Deutschlands konsumgenossenschaftlich gefügigt sind und ein Anreiz zur Gründung neuer Genossenschaften nur in seltenen Fällen besteht; andererseits aber auch in der immer stärker einsetzenden Tendenz zur Bildung von Bezirkskonsumvereinen, die nicht nur das Entstehen neuer Genossenschaften erschwert, sondern auch vorhandene Genossenschaften durch Verschmelzungen ihrer Selbstständigkeit beraubt. Im Gegensatz zur Biffer der Verbandsgenossenschaften bewegt sich ihre Mitgliederziffer. Im Jahre 1911 betrug deren Zunahme 12,1 Prozent, sie war also höher als 1910 und 1909, wo die Steigerung 11,6 und 8,9 Prozent betrug. Noch stärker als die Mitgliederzahl vermehrte sich aber der Umsatz, nämlich um 16,9 Prozent. Zum Teil ist das ja auf die Preissteigerungen zurückzuführen, die im Berichtsjahre besonders stark auf Verbrauchsgüter der breiten Masse lasteten; aber selbst unter Berücksichtigung dieses Moments bleibt immer noch ein Saldo zugunsten der Umsatzsteigerung, wenn man die Mitgliedersteigerung zu ihr in Parallele setzt. Die Zahl der beschäftigten Personen hat sich um 16,9 Proz. vermehrt. Der Wert der in eigener Produktion hergestellten Waren ist um 22,1 Prozent gestiegen. Das Gesamturteil über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine muß dahin zusammengefaßt werden, daß dem erfreulichen äußerlichen Wachstum auch eine rege Anteilnahme des Einzelmitglieds an dem konsumgenossenschaftlichen Zweck entspricht. Neben der Ausdehnung, die der Zentralverband deutscher Konsumvereine gewonnen, ist auch die geleistete Genossenschaftsarbeit zugleich intensiver geworden. Die Umsatzziffer von 261 Mt. per Kopf ist nicht sehr hoch, doch muß beachtet werden, daß sie 1905 erst 221 Mt. betrug, also in fortwährender Zunahme begriffen ist. Die Durchschnittsziffer wird stark beeinflusst durch das ständige Einströmen neuer Mitglieder, die zwar nur einen Teil des Jahres kaufen, bei der Berechnung aber per Kopf voll angerechnet werden. Könnte die Statistik diese Tatsachen berücksichtigen, so würde sie ein in mancher Hinsicht günstigeres Bild darbieten.

Schweres Eisenbahnunglück in Schweden. Der Nacht-Schnellzug Malmö—Stockholm fuhr infolge falscher Weichenstellung Sonntag früh 1/8 Uhr auf der Station Malmö in einen Güterzug. Der erste Schlafwagen wurde zertrümmert, zwei andere wurden stark beschädigt. Die Anzahl der tödlich Verunglückten wird auf 18, die der Verletzten auf 16 angegeben. Unter den bei dem Eisenbahnunglück Getöteten befindet sich die Tochter von August Strindberg. Unter den bisher identifizierten Opfern befinden sich keine Deutschen. Nicht konnten noch nicht identifiziert werden. An dem Aufkommen von vier Verletzten wird gezweifelt. Gleich nach dem Zusammenstoß erfolgte eine Explosion im ersten Schlafwagen, der sofort in Brand geriet und vollständig ausbrannte. Unter den Trümmern wurden 18 Tote und 16 Verwundete hervorgezogen. Unter den Toten befinden sich der Telegraphendirektor Weeber aus St. Petersburg, dessen Frau und Tochter schwer verletzt sind. Schwerverwundet sind auch der Direktor der Schwedischen Petroleum A.-G. Standard Rudolf Berg, der Stadtkämmerer von Stockholm Valentin, dessen Frau den Tod fand, der englische Geißliche Osborne aus Newcastle. Die Leichen wurden in einem Seitengebäude der Infanteriekaserne in Malmö aufgebahrt. Eine spätere Meldung besagt, daß die Zahl der tödlich verunglückten Personen auf 21 gestiegen ist.

Der attackierte Premierminister. Zu welcher abnormen Demonstrationen sich die Bekämpferinnen für das Damenwahlrecht hinreißten, zeigt ein Vorfall, der sich Freitagabend auf einer Festlichkeit im Jüdischen Imte in London zutrug. Dort fand anlässlich des Geburtstages des Königs ein offizieller Empfang statt. Eine elegant gekleidete Dame im Alter von 30 Jahren erschien plötzlich im Saale, schritt auf den Ministerpräsidenten Asquith zu und versuchte ihm die Epauletten von seiner Diplomatenuniform abzureißen. Man eilte dem Premierminister zu Hilfe. Die Attentäterin konnte nur mit Mühe aus dem Saale entfernt werden. Es handelt sich anscheinend um eine fanatische Suffragette.

Siebzig Arbeiter ums Leben gekommen. In dem nahe Saratow gelegenen Prokrow ist die Mauer einer Knochenfabrik eingestürzt und hat zahlreiche Personen unter ihren Trümmern begraben. Siebzig Arbeiter sind bei der Katastrophe ums Leben gekommen.

Kleine Chronik. In der Badeanstalt zu Deutsch-Sylau erkrankt der Oberlehrer Dr. Lange. Auch der Bademeister Wolff, der Dr. Lange zu retten versuchte, fand seinen Tod. — Der Buchhalter Julius Zinke, zurzeit in Kosten (Provinz Polen) in einer Zuckerfabrik beschäftigt, hat Sonntag früh keine von ihm getrennt lebende Ehefrau, die Zimmervermieterin Rosa Zinke, geb. Döbel, im Schlafzimmer ihrer Wohnung in der Flottwell-Strasse erschossen, weil sie nicht wieder zu ihm kommen wollte. Der Täter ist flüchtig. — Von der Koztrappe im Vode-tal (Harz) ist Freitag nachmittag ein Berliner Tourist abgehängt. Er war sofort tot. — Im Polizeiarrest in Bogen tötete ein plötzlich tobend gewordener Häftling, den man für betrunken gehalten, einen wirklich betrunkenen Mitgefangenen, indem er ihm auf den Bauch trat und ihm den Kopf gegen die Mauer ließ. Ein dritter Gefangener schrie um Hilfe. Fünf Wächter waren erforderlich, um den Tobenden schließlich zu überwältigen.

Genossenschaftsbewegung.

Zum neunten Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. In Berlin wird vom 17. bis 20. Juni 1912 der neunte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine tagen. In den neun Jahren, die seit der Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine verstrichen sind, hat er auch anbruchsreichen Kritikern den Beweis für die bedeutende Wirtschaftsmacht gegeben, die in der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung im Werden begriffen ist. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat nur einen Teil, allerdings den weitest ausgedehnten Teil der organisierten Konsumgenossenschaft. Seine Entwicklung begleiten die größten Zu-

Bezugsquellen-Verzeichnis. A large directory listing various businesses and services in Lübeck, including breweries, grocers, druggists, hairdressers, and more. It is organized into columns with bold headers for each category.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!